

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abohementpreis pro Monat inl. Bringerlohn 60 Pf., bei Selbstabholung 50 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage "Neue Welt" inl. Bringerlohn 75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4841) vierteljährlich 1.80 Mr., für 2 Monate 1.20 Mr., für 1 Monat 60 Pf. exkl. Postgeldgeld.

Chefredaktion:
Dr. Bruno Schenck.

Inserate werden die 5 geplante Zeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet. Vereinsanzeigen 15 Pf. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition ausgegeben sein. — Ausgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 6. Geschäftzeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6, part. Sprechstunde: 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Russische Censurverhältnisse.

I.

* Leipzig, 17. November.

Die deutschen Reaktionäre sind wieder recht munter, sie, die vorberrussisch heute noch denken gerade wie zu der Zeit, da sie, als echte Unterläufe im Geiste der Krenzzeitung vor dem Oberhaupt Nikolai I. standen. Ihr Ideal ist die russische Pressefreiheit, und es genügt ihnen nicht der heute herrschende Zustand mit seiner in spanische Stiefel eingezwängt, durch Strafparagraphen aller Art, vom Groben Unfug bis zum § 95, eingezäunten Presse.

Es ist deshalb zeitgemäß, auf einen in den Preußischen Jahrbüchern erschienenen Aufsatz G. M. Libanoffs über russische Censurverhältnisse hinzuweisen, der die Zustände in dem Paradies der Rückwärtler hell beleuchtet.

Die russische Presse ist im Zustande der Reichslosigkeit, eine ganze Reihe wichtiger Gegenstände darf sie gar nicht berühren, andere bedeutsame Themen darf sie nur unter der Bedingung behandeln, daß keine „politisch anstößigen“ Ansichten zu Tage treten, und über ihr wacht die Censur. Libanoff zeigt dies an der russischen Literatur der siebzehn letzten Jahre, seit 1881. Er sagt: „Seit jener Zeit hat die reaktionäre Strömung keine Unterbrechung auf längere Zeit erfahren, und auch die neue Regierung hat in dieser Hinsicht keine Renerung gebracht. Nikolaus II., ein ehrbarer Sohn, führt bezüglich der Presse, wie auch auf allen anderen Gebieten nur die Sache seines ihm unvergleichlichen Vaters weiter. In dem Verhalten der russischen Regierung gegenüber der Presse bilden somit alle diese siebzehn Jahre eine einheitliche Periode, die von einer Idee beherrscht wird.“

Der Druck auf die Presse wird mittels geheimer Maßnahmen ausgeübt. Der § 140 des Gesetzes über die Censur und die Presse besagt: „Wenn aus Erwähnungen der Regierung eine Veröffentlichung oder eine Besprechung irgend einer Angelegenheit von Staatsbedeutung in der Presse im Verlauf einiger Zeit für unangebracht befunden wird, so werden die Redakteure der Presseorgane, die keiner Präventivcensur unterworfen sind, auf Grund einer Verfügung des Ministers des Innern von der Oberverwaltung in Presangelegenheiten davon benachrichtigt.“

Die Paragraphen 154—156 geben dem Minister des Innern das Recht, nach seinem persönlichen Gutdünken der Censur unterworfen periodische Presseorgane für ihre schädliche Richtung auf 8 Monate zu unterdrücken und das Abdrucken von Veröffentlichungen über die Unvollkommenheit der russischen Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz auf immer zu verbieten.

Den periodischen Presseorganen kann auf die Dauer von 2 bis 8 Jahren das Recht entzogen werden, Inserate zu drucken. Die Censoren bedecken mit Druckschwärze alles das, was sich nach ihrer oder der Regierung Ansicht nicht für die Veröffentlichung eignet, Bücher von weniger als 10 Druckbogen unter-

liegen der Präventivcensur, eine Broschürenliteratur über Fragen des öffentlichen Lebens ist also nicht möglich.

Der Zar und seine zahllosen Verwandten stehen in erster Reihe unter dem Schutz der Censur. Reden, Erklärungen usw. des Zaren dürfen nur mit Genehmigung der Regierung veröffentlicht werden.

Im Verlauf von nur drei Jahren, vom Jahre 1889 bis 1891, hat sie aus diesem Anlaß sechs Circulars erlassen, in denen den ungehorsamen Redakteuren mit der Entziehung des Rechts, Ansichten zu drucken, mit dem Verbot des Einzelverkaufs ihrer Organe, mit der Unterdrückung ihrer Organe selbst, mit Geldstrafe, mit Gefängnis und schließlich einfach „mit einer sehr strengen Strafe“ gedroht wird. „Es ist schwer zu entscheiden, ob die Censur auf diese Weise den Landesherren vor der Möglichkeit, seine eigenen Reden in der Presse zu lesen, schützen wollte oder ob sie befürchtete, daß, wenn die Zarenworte unbehindert veröffentlicht würden, es ersichtlich werden könnte, daß das Selbstherrscherthum am Ende nichts weiter als eine Illusion ist. Es ist auch möglich, daß diese beiden Momente für das Verfahren der Censoren ausschlaggebend gewesen sind. Jedenfalls ist es Thatache, daß, als Nikolaus II. in den ersten Jahren seiner Regierungzeit auf den Berichten der Gouverneure über neue Schulbauten „erfreulich“, „trostreich“, „angenehm“ und andere Worte niederschrieb, der Presse verboten wurde, in Betrachtungen über die Volksbildung auf diese allerhöchsten Notizen Bezug zu nehmen. Der Selbstherrscher mag also, so viel ihm beliebt, an den Rand der Alten notieren, die Staatsgeschäfte nehmen unablässigt darum ihren Gang. Dieser Gang entspricht natürlich den Wünschen der den Thron umgebenden Karomilla und die Bewerkstücks des Selbstherrschers werden der Gesellschaft durch die Presse nur insoweit bekannt, als es der Censur gefällt.“

Den regierenden Zaren Nikolaus II. hat die Censur mit ihrer Fürsorge nicht verschont. Als er im Jahre 1896 seine europäische Reise antrat, wurden den Redakteuren am 14. August „mildliche Weisungen“ betreffs ihres Verhaltens erteilt. Später sind diese durch ein Circular der Oberverwaltung in Presangelegenheiten noch ergänzt worden. In diesem Circular wurde vorgeschrieben, daß Artikel über die Kaiserreise der Censur des Ministers des Hofes vorgelegt werden müssten. Vielleicht beschreibt man, daß dem Zaren Nikolaus II., der als Thronfolger im fernen Osten einmal (in einem japanischen Theehause) Malheur gehabt hatte, etwas Ahnliches im Westen widerfahren könnte.

Die Censur erstreckt ihre Achtung vor der Krone auch auf die ausländischen Monarchen, wenigstens soweit sie sich mehr oder minder den Zaren zum Vorbild ausgesetzt haben. Unter Alexander III. genoss der türkische Sultan ihren besonderen Schutz. Am 10. Oktober 1888 mußten die Redakteure einen Nevers unterschreiben, daß sie in der Presse keine „Aeußerungen, durch die die Ehre des türkischen Sultans angefahrt wird“, zulassen würden. Nach fünf Jahren wurden,

da originale, wie auch den ausländischen Presseorganen entnommene Artikel, in denen der Sultan Abdul Hamid lächerlich gemacht wird, von neuem zu erscheinen beginnen“, die Redaktionen darauf aufmerksam gemacht, daß die frühere Verfolgung ihrer Gültigkeit nicht verloren habe und daß überhaupt die Presseorgane, wenn sie sich den Abdruck von Artikeln zu schulden kommen lassen würden, die für die gefroten Häupter der Russland freundlichen Mächte beleidigend seien, zu den „strengsten Verhaftungen“ Anlaß geben würden (Circular vom 1. März 1893). Unter Nikolaus II. erlangte auch die deutsche Kaiserfamilie den Schutz der russischen Censur. Am 4. April 1896 wurde „infolge von dreisten Angriffen gegen den deutschen Thronfolger“ den Zeitchriften vorgeschrieben, „sich einer unangebrachten Polemik zu enthalten“ — wiederum unter Bedrohung mit Verstrafung.

Die Bemühungen der russischen Regierung, den Kampf, der sich im Lande abspielt, tolz zu zeigen, steigern sich zunehmend seit ziemlich langer Zeit. Noch im Jahre 1879 erfolgte das Verbot, stenographische Berichte über politische Prozesse vor ihrem Erscheinen im Regierungsbogen zu bringen.

Mit solchen Mitteln, sagt Libanoff, glaubt man die Gesellschaft und das Volk noch irreführen und ihnen die Überzeugung beibringen zu können, daß im Lande alles ruhig sei, daß man auf keinen Widerstand stoße, keinen Kampf zu führen habe, und dies in einer Zeit, in der alljährlich Hunderte von Personen politischer Verbrechen angeklagt werden und in Gefängnisse und zur Verbannung wandern. Die finstere Tragödie dieses Kampfes ist ja außerhalb Russlands allerdings sehr wenig bekannt, aber es wird nicht gelingen, ihn vor der russischen Gesellschaft zu verheimlichen, selbst dann nicht, wenn die gesamte legale Presse zum vollständigen Stillschweigen gebracht wird.

Es gibt Fälle, in denen Verwaltungsbeamte, die sich verbrecherischen Handlungen schuldig gemacht hatten, schon im voraus von der Censur gegen die Möglichkeit ihrer Entfernung vor die öffentliche Meinung gesichert wurden. Manchmal fand eine solche Sicherstellung statt im Interesse der Beamten selbst, die sich „wohl nur hinreichen“ ließen und „unschuldig“ gefangen sind, manchmal im Interesse des „Prestiges“ der Regierung. So z. B. wurde 1893 vorgeschrieben: „den Bericht über den Prozeß des Winnizaer Kreishauptmanns Penzelwitsch,“ der angeklagt war, Verbrechen im Dienste begangen zu haben, „nicht zu drucken und überhaupt keine Nachrichten über diesen Prozeß zu bringen; nichts zu berichten über den Prozeß des ehemaligen Polizeimeisters von Kasan — einen Prozeß, der im Senat verhandelt werden sollte.“

In der Provinz Presse ist unter solchen Umständen keine, selbst nicht die bescheidenste Kritik der Handlungweise der lokalen Administration möglich, und die empörendsten Dinge können nicht nur ohne einen Protest geschehen, sondern ohne überhaupt einen Widerhall in der Presse zu finden. Nicht genug damit: einzelne Gouverneure beschränken sich nicht auf

Seuilleton.

Nachdruck verboten.

Unsäglichbar.

Erzählung von Marie von Ebner-Eschenbach.

Maria blickte unverwandt zur Erde nieder; sie fühlte nur, daß Hermann seine Hand mit festem Druck auf ihren Arm legte. —

Und nun sprach er, und seine Stimme hatte wieder ihren tiefen, sanften Klang, und seine Worte kamen aus dem unerschöpflichen Vorrat seiner Güte: „Wenn geschehen wäre, was Du nicht einmal zu nennen vermagst, dann wäre mir genommen, was meinem Dasein den Wert giebt; aber lieben würde ich Dich doch, und zu dieser unüberwindlichen Liebe käme noch ein grenzenloses Bedauern. Ich kenne Dich und weiß, daß Du zu Grunde gehen müßtest am Bewußtsein einer Schuld.“

„Dieser Glauben, so stark und treu wie das Herz, das ihn hegte und das sie brechen gewollt, um das ihre zu erleichtern! — „Du darfst nicht!“ schrie es in ihr auf. „Du hast betrogen — Lüge! Dein Recht auf Wahrheit ist verstrickt.“

„Komm“, sagte Hermann, indem er sich auf einen moosüberwachsenen, im weichen Waldboden halb versunkenen Stein niederließ. „Du mußt erst ausruhen und wieder heiter werden, ehe wir den anderen folgen. Da ist eigens für uns ein wunderbares, sammernes Rätsel ausgebreitet. Komm zu mir!“

„Da bin ich“, sagte sie, ließ sich vor ihm hingleiten,

legte die gefalteten Hände auf seine Knie und warf sich an seine Brust. „Läß mich, es thut mir wohl, in Demut zu Dir aufzublicken.“

„Wir haben einander recht gequält, und ich bin schuld an allem mit meinen thärichten Grübelnien,“ sagte er. „Verzeih!“

„Ich — Dir? Mein Freund, mein guter Engel, daß Du mir einmal einen Grund dazu geben konntest! Thu' es doch. Lehre mich die Wonne kennen, Dir etwas zu verzeihen zu dürfen.“

„Ich danke Dir für die vortreffliche Absicht,“ rief er mit sonniger Bestürzung; „ich will dir Gelegenheit geben, sich zu betätigen . . . will wenigstens einen Versuch machen.“

„Er wird mich mögen.“ Sie umfangt ihn mit ihren Armen und verschränkte ihre Finger um seinen Nacken. „Sieh' mich an, Deine Augen sind wie Deine Seele. Sieh' mich an mit diesem segnenden Blick. Wie fromm bin ich! der Wald wird zum Tempel, und ich bin ein armes Menschenkind, und Du bist der Priester, der es zum Heile führt an seiner starken Hand.“

XVIII.

Auf der Burg herrschte schon ein sehr reges Treiben, als Hermann und Maria herannahen. Fräulein Nullinger, die töter auszah, denn je, und vor Erhitzung förmlich geschwollen, war die erste, die sie erblickte.

„Da sind sie, da ist das reizende Paar,“ rief sie. „Bitte, den Herrn Grafen zu betrachten. Es ist hold, zu seh'n, wie die Sonnen seines Herzens ihm im Auge untergeh'n. Und wie er heute wieder dem Bilde, das wir uns von Held Siegried machen, ähnlich sieht!“

„Ja, ja, Sie haben nicht unrecht, seine Frau ist aber nicht die Kriemhild, sondern die Isolde,“ sagte Fee und ließ den Ankommenden entgegen, die sich bald darauf in Gesellschaft ihrer lustigen Gäste befanden, und mit ihnen die Großthaten anstaunen konnten, zu denen Willy durch die Gegenwart dreier junger und schöner Damen begeistert wurde.

Er spazierte eben von der Zinne eines Turmes zur anderen, auf einem zu deren Stütze angebrachten Sparren. Seine Brüder, angefeuert durch sein Beispiel, kletterten wie Kästen an den alten Mauern empor.

Wilhelm stand unten und ballte die Fäuste. „Alle meine Buben haben den Teufel im Leib, wenn es heißt sich prodigieren vor einem weiblichen Publikum,“ sprach er zu Hermann. „Gar nicht gut so 'was. Aus solchem Holz schnürt man Schürzenknächte.“

Hermann klopfte ihm auf die Schulter: „Das glaubst Du ja selbst nicht, Alter,“ und die Wonsheim lächelten und sahen den tollkühnen Unternehmungen der Burschen mit Begeisterungsmien zu. Betty jammerte, daß sie kein Mann geworden, was doch einzige und allein das richtige sei; Fräulein Nullinger schwieg in Entzücken, machte sich nichts daraus, daß ihr buntes Musselinkleid beim Aufstieg sehr gelitten hatte, und baute in Gedanken die ganze Burg wieder auf. Die zerstörten Bögen stiegen aus dem Boden und umfaßten, wie einst, die Thore, den Zwingolf, die Zugbrücke, den Buhurdierplatz, auf dem geharnischte Ritter Lanzen brachen. Sie stellte die Porte wieder her und die zum herrlichen Palas hinaufführenden Stufen.

Clara und Gustav, denen sie versicherte, die Damen des Schlosses hätten alle ausgesehen wie die blonde Gräfin Wonsheim, hörten ihr aufmerksam zu. Gustav staunte über so viel „Gelahrtheit“ und wußte nicht, ob er sie lächerlich

eine Untersuchung der Kritik über die Angelegenheiten ihres eigenen Gouvernements, sondern sie sehen sich in jüngster Zeit immer häufiger in Verbindung mit den Behörden anderer Gouvernements, denen sie die Artikel, die auf ihre Gegend Bezug haben, vor der Erteilung der Druckgenehmigung zur Einsicht senden.

Die Theaterkritik steht gleichfalls unter liebhaberlicher Aufsicht. Am 10. Oktober 1893 kam ein Circular: „Der Stellvertreter des Chefs des Kabinetts Seiner Majestät“ hieß es darin, „hat der Oberverwaltung für Presangelegenheiten mitgeteilt, daß in einer Zeitung eine scharfe kritische Beurteilung der Verwaltung der kaiserlichen Theater, sowie Andeutungen über Ungerechtigkeiten und Mißbräuche erschienen wären, die angeblich bei der Aufführung eines Solo-Musikers im Theaterorchester vorgekommen sind. Indessen unterliegt die Thätigkeit der eigentlichen Theateradministration ähnlich wie die Handlungen der anderen Regierungsinstitutionen, lediglich der Beurteilung ihrer Vorgesetzten, in diesem Falle des Direktors der kaiserlichen Theater und des Ministers des kaiserlichen Hofes. In Anbetracht des obigen rächtet es die Oberverwaltung daher für notwendig, die Redakteure der periodischen Pressegänge zu warnen, daß Artikel, die den bezeichneten ähnlich sind, in der Presse zugelassen werden.“

Übrigens schlägt die Censur vor einer Kontrolle durch die öffentliche Meinung nicht nur die höheren militärischen Behörden und ihre Verfügungen, sondern die gesamte Armee in allen ihren Teilen. Im Jahre 1892 erfolgte der Befehl, keine Artikel zu drucken, die das innere Leben einzelner Heeresställe berühren und die Grundlagen der militärischen Disziplin erschüttern könnten. Was das für „ein inneres Leben“ bedeuten ist, zeigen u. a. die folgenden Thatsachen. Im Jahre 1886 wurde vorgeschrieben, nichts zu berichten über den Zusammenschluß, der zwischen den Kommandeuren einer Kavalleriedivision und eines Infanterieregiments stattgefunden hatte. Am 30. Januar 1896 wurde ein Circular erlassen, durch das geboten wurde, „keine Nachrichten zu bringen über den Mord und die Verwundungen, die am 29. Januar auf der Podolskojastraße (in Petersburg) von einem Kosaken des Kosakenregiments der Leibgarde Sr. Majestät verübt worden sind, da die Verfügungen über das Richterschein von Artikeln und Nachrichten, die das Leben einzelner Heeresställe berühren, ihre volle Kraft bewahren.“

Die ganze Regierung, vom Minister bis zum Spiegel, ist mit einem Censurnebel umhüllt, hinter dem man nichts sehen kann. Die russische Staatsleitung liegt daher lediglich in den Händen der Minister; die Regierung kann hängen, erscheinen und verbauen, niemand hat darüber zu sprechen. Im Staatsrat wird die Politik der Minister von vier bis fünf Mann geprägt, die Senatsbeschlüsse werden nicht ausgeführt, die Administratoren verfahren ganz nach Willkür, niemand darf etwas davon wissen, alle müssen die Überzeugung haben, daß in Russland eine beneidenswerte Ruhe herrsche.

Einen ähnlichen Nebel deckt die Oberverwaltung für Presangelegenheiten über das öffentliche Leben. Auch über die Fragen, die das Leben verschiedener Volksklassen berühren, ist die legale Presse genötigt, mehr zu schweigen als zu reden.

Die russischen Stadtverordneten-Versammlungen und die Magistrate, diese Ausgebürtler der Illusion einer städtischen Selbstverwaltung, unter ihnen insbesondere die Petersburger Stadtverordneten-Versammlung, genießen seit der Einführung der neuen Städteordnung eine lebhafte Zuneigung der Behörden, die sie vor einer Kritik seitens der Presse bewahrt.

Im Jahre 1892 wiesen einige von den Petersburger Presseorganen auf den gesundheitswidrigen Zustand vieler Häuser in der Hauptstadt hin und brachten die Beschreibung zum Ausdruck, daß diese Häuser Pflanzstätten der Cholera werden könnten. Unglücklicherweise stellte sich heraus, daß die Eigentümer solcher Häuser in den meisten Fällen Stadtverordnete waren, und so ließ denn das Eintreten der gütigen Gesetze für diese nicht lange auf sich warten. „Eine unvermeidliche Wirkung solcher Artikel“, meinte die Oberverwaltung, „muß die Errichtung der Gesellschaft gegen die Haushalter sein, namentlich wenn die Haushalter Stadtverordnete sind.“

Politische Übersicht.

Ein offenes Bekenntnis.

„Während die sozialdemokratische Presse im allgemeinen das Ergebnis der preußischen Landtagswahlen mit füher Objektivität urteilt, was unseres Erachtens durchaus richtig ist, bemühen sich einzelne Freunde der sozialdemokratischen Wahlbeteiligung, die erzielten Erfolge in bengalischem Lichte erstrahlen zu lassen. Soweit

finden oder bewundern sollte. Obwohl von der Nichtigkeit aller Aussagen Annetts überzeugt, widerstrebt es ihm, das merken zu lassen, und so sprach er zwischen jeder Pause, die sie machte:

„Gehen's weg!“

„Ah, und diese Lust! dieses Ozon!“ schwärzte das Fräulein. „Dass ich mich hier etablieren könnte!“

„Etablieren Sie sich, so viel Sie wollen,“ erwiderte Fee, die hinzutreten war. „Aber rechnen Sie nicht auf mich beim Aufstieg. Sie sind siebenzehnmal ausgerutscht — ich hab's gezählt. Mein rechter Arm, an den Sie sich angeklempt haben wie eine Ertrinkende, ist kaput. — Sie werden jetzt mit Respekt zu sagen.“

Fräulein Rüttlinger zog den Atem ein und streckte sich, um schlanker auszusehen: „Wenn ich jetzt ansehe, kann es mir vor Stummer sein. Das geschieht, ja wohl — ich bin der lebende Beweis,“ sagte sie nicht ohne Bitterkeit.

Fee entschuldigte sich: „Nun, nun, nehmen Sie mir's nicht übel.“

Die Gesellschaftsdame schwor, daß sie eher sterben, als der Frau Gräfin etwas übel nehmen würde, worauf Fee sie umarmte und sprach:

„Sie sind halt nicht verwöhnt, Sie gute Haut, Sie liebes, altes Nürsels.“

Clemens war inzwischen auf einen Felsvorsprung getreten und rief, auf die Wiese jenseits des Baches deutend: „Daher kommt's, da hat man eine schöne Ansicht, auf die Tante Dolph, auf Deine Buben, Wilhelm, die dort herumwimmeln, und auf die Iausen.“

„Und auf einen wackeligen Steg,“ fiel Hermann ein. „Wie oft habe ich den schon abreißen lassen, immer wird er wieder aufgerichtet, sogar jetzt bei Hochwasser.“

(Fortsetzung folgt.)

von solchen Erfolgen wirklich gesprochen werden kann, haben auch wir sie nicht zu verleihen gesucht, vielmehr fern von allen Rechthaberei gern anerkannt, daß manche der Bedenken beseitigt worden sind, die früher gegen die sozialdemokratische Wahlbeteiligung gestellt gemacht wurden. Aber die bestätigten Bedenken liegen nur auf dem Gebiete, auf dem die Arbeiterklasse freie Hand besitzt: die sozialdemokratischen Urwähler sind, wo sie sich an der Wahl beteiligt haben, mit den Hindernissen schnell fertig geworden, die den liberalen Urwählern das Wahlnetz unter dem Dreiklassenwahlrecht „verdeckt“ haben. Dagegen bestehen alle aus dem plutoökonomischen Charakter dieses Wahlsystems und der absoluten Unzuverlässigkeit des Freisinn geschöpften Bedenken — und sie sind die entscheidenden — nach der gemachten Probe fort, ja sie sind durch diese Probe nur noch bestärkt worden.

Infofern können wir der Vorberingung Bevels nicht zustimmen, daß selbst „der verbissene“ Gegner der Wahlbeteiligung unter uns zugeben sollte, die Resultate seien über Erwartungen gewesen. Obgleich wir gar nicht einmal zu den „verbissenen“ Gegnern gehören, so können wir aus bereits dargelegten Gründen durchaus nicht zugeben, was Bevel zugegeben haben will. Ebenso wenig können wir ihm zustimmen, wenn er für die nächsten preußischen Landtagswahlen als „feststehend“ erklärt: „die gesamte Sozialdemokratie in Preußen wählt.“ Darüber hat unseres Wissens der Parteitag zu bestimmen, dessen Entscheidung auf Jahre hinaus vorherzusehen wir nicht prophethische Gaben genug besitzen. Lassen wir also diese Zukunftsmusik und bleiben wir bei der Gegenwart, in der sich die Freunde der Wahlbeteiligung zunächst bemühen, die harten Köpfe der Berliner Genossen klein zu kriegen, wobei sie bisher nicht sonderlich Erfolg gehabt haben. Dankenswert ist aber, daß Richard Fischer bei dem neuesten dieser Versuche endlich einmal die Frage beantwortet hat, wie denn der Freisinn „gezwungen“ werden sollte, Mandate an die sozialdemokratische Partei abzutreten.

Im Bericht des Vorwärts über die Rede Fischers heißt es: „Er sucht nachzuweisen, daß es unter Umständen möglich sei, selbst unter diesem elenden Wahlsystem, sozialdemokratische Abgeordnete in den Landtag zu bringen. Vorausgesetzt, daß durch die allgemeine Beteiligung der Partei die konservative Mehrheit verhindert sei, könne man in den Wahlkreisen, wo die Sozialdemokraten das Bürglein an der Wage zwischen Freisinnigen und Konservativen bildeten, Forderungen mit Erfolg stellen. In dritten Berliner Kreise hätten die Sozialdemokraten sicher die Entscheidung in die Hand bekommen. Voraussichtlich wären mehr konservative als freisinnige Wahlmänner gewählt worden. Die Sozialdemokraten hätten in diesem Falle den Freisinnigen gesagt, entweder Ihr gebt uns ein Mandat ab, oder wir lassen Euch durchfallen, denn die konservative Mehrheit ist sowieso verhindert. Der Freisinn hätte es darauf sicher nicht ankommen lassen.“ Nehmen wir nun einmal an, daß die übrigen Voraussetzungen Fischers stimmen, so behaupten wir, daß es der Freisinn allerdings „sicher“ darauf hätte ankommen lassen, und berufen uns für diese Ansicht auf die hundertfachen praktischen Erfahrungen von dreißig Jahren. Wir unterschätzen gewiß nicht Eugen Richters Mandatshunger, aber so schlau ist er noch alle Tage, daß er mit Vergnügen in die Minderung seines Fraktionshangs um zwei Mandate — oder vielmehr nur um ein Mandat, da das andere ja nach Fischers Annahme den Sozialdemokraten überlassen werden soll — willigen würde, wenn er dafür mit der thatsächlich wahren Behauptung freßen könnte, daß die sozialdemokratische Partei aus einsitzigem Fraktionsinteresse zwei bisher sichere Freisinnssitze, darunter den Sitz Birchows, ein paar antisemitisch-reaktionären Dunkelmännern in die Hände gespielt hätte. Der „sichere“ Handel Fischers besteht thatsächlich in der anmutigen Alternative: entweder betreibt die Partei die Geschäfte der Reaktion, um den Freisinn dafür zu strafen, daß er heute noch ist, was er seit dreißig Jahren war, oder sie droht mit Dingen, die sie schlechlich doch nicht auszuführen wagt. Blamiert wäre sie in beiden Fällen.

Jedoch so wenig wir Fischers Ansicht teilen können, so sehr freuen wir uns über sein offenes Bekenntnis. Er hat endlich einmal den Kernpunkt der ganzen Wahlbeteilungsfrage ins richtige Licht gerückt, und dies Licht wird manche Augen öffnen.

Export von Waisenkindern!

Zur „Germanisierung des Ostens“ soll jetzt nach der Wölz, die „Verpfianzung“ von Waisenkindern aus dem Westen dienen. Bekanntlich haben die höheren Städte alljährlich eine große Anzahl städtischer Waisenkindern in Pflege zu nehmen und zu erziehen. Die Städte, z. B. Frankfurt, haben die früher bestehende Waisenanstalt und Waisenhaus aufgelöst; diese Waisenkindern werden außerhalb in Familien untergebracht, in denen für Pflege und Erziehung jährlich pro Kopf nur 180, in seltenen Fällen 200 Mk. aufzuwenden sind. Nun sollen diese Kinder statt in der Umgebung der Stadt, wo sie seither kontrolliert und beaufsichtigt werden konnten, nach dem Osten „ausgeführt“ werden, wo sie bei Grundherren für 120 Mk. jährlich in deren Bediensteten-Familien aufgenommen und bis zum 25. Jahre verwaltet oder „verwendet“ werden, bis sie eine Familie gründen. Die Differenz von 120 bis 180 Mk. soll mit jährlich 60 Mk. als Ersparnis für das Waisenkind in einer Sparkasse verzinnt angelegt werden, damit nach Austritt aus dem Waisenverbande das Pflegelind einebare Ersparnis von etwa 1000 Mk. zu seiner Verfügung habe. Dabei wird dem Kölner Blatt zufolge die ausdrückliche Bedingung gestellt, daß nur protestantische Kinder aufgenommen werden können.

„Germanisieren“ heißt hier die Bajuhr wohlfeiler, wehrloser Arbeitskraft vom Westen nach dem Osten, die Auslieferung der jugendlichen, billigen und gefügigen Arbeitskräfte an die Großgrundbesitzer Ostelbiens, die, lüstern nach Kinderfleisch, die Sachsgängerei, d. h. die Landschaft schlecht gelohnt und schlecht behandelter heimischer Landarbeiter, ausgleichen wollen durch die Einwanderung neuer Hörigen, der Proletarierkinder des Westens, der hilflosen Waisenkindern, die „exportiert“ werden vom Westen nach Osten.

Ein Stamm von Landarbeitern könnte so gebildet werden, von Kindesbeinen preisgegeben der „Bucht des Herrn“, gedrillt im Dienste der feudalen Ausbeuter vom Deftillerhelm, der Männer mit Ar und Palm. Unverfrüht ist mit dem Begriffe „Germanisierung“ noch nie Schindluderchen gespielt worden. Als im Mittelalter die Bauern des Westens nach dem Osten als Siedler zogen, gerufen vom deutschen Orden, von den Landesfürsten, weil sie dort als Freie mit dem deutschen Pfleg die sicheren Besitzrechte, die Unabhängigkeit, das körnische Recht

sich sicherten und mit dem Schwerte verleidigten, da wurde der Osten kultiviert und germanisiert.

Die Händlerherren von heute holen sich die zarlen Kinder, um nach ihrer Art zu „colonisieren“, um als Erfah für die Sachsgänger sich Pohnslaven zu züchten und eine Pfanzschule von Hörigen anzulegen. So sieht die „Germanisations“politik, so die Sozialpolitik des Klassennates aus.

Die Volksabstimmung über die Rechtsseinheit in der Schweiz.

Ob Güntiger, als selbst die größten Optimisten annehmen wagten, war der Aussall der gestrigen Volksabstimmung über die Vereinheitlichung des Civil- und Strafrechts. Mit nahezu 300000 gegen kaum 100000 Stimmen wurde die Rechtsseinheit vom Schweizer Volke angenommen; diesem Verhältnis der Stimmenzahlen entspricht das Verhältnis zwischen annehmenden und ablehnenden Ständen (15 Kantone und 3 Halbkantone für, 4 Kantone und 3 Halbkantone gegen die Rechtsseinheit).

In dieser Abstimmung hat der Einheitsgedanke vielleicht den glänzendsten Triumph gefeiert, den er überhaupt feiern konnte, der Bundesstaat, der 1848 geschaffen wurde, hat damit seinen eigenlichen jural-politischen Ausbau gefunden. Die historische Entwicklung, die hier wie überall in ihrem innersten Wesen eine wirtschaftliche Entwicklung ist, hat über den dumpfen Gross und die offene Gegnerschaft der Föderalist, dieser Weltreiter wirtschaftlich und damit auch politisch rücksichtiger Formen, den Sieg davongetragen. Der Kapitalismus, der die politische Einheit in seinem ureigenen Lebensinteresse schuf, hat mit der Einführung der Rechtsseinheit auch das leicht Hindernis beseitigt, daß seiner Entwicklung im Wege stand. Der letzte große Schritt ist gelhan, der gehan werden mußte, um die Schweiz zu einem wirklich modernen Staate zu machen.

Viel ehr, aber auch viel erlöste Romantik ist mit der gestrigen Abstimmung endgültig begraben worden. Die Arbeiterklasse hat keine Ursache, darüber zu klagen, im Gegenteil, sie muß sich darüber freuen, da ja jeder Fortschritt der allgemeinen Entwicklung auch ihr, direkt oder indirekt, zu gute kommt.

Die Landgemeinden von Uri, Appenzell-Innerrhoden u. c., die Gütenartikel von Ob- und Nidwalden und das Gewohnheitsrecht einiger anderer „ländlichen Stände“ werden bald der Geschichte angehören; auch das lantale „Recht“, Mörder zu töpfen, wird dieses Schicksal teilen. Mit der lantalen Souveränität auf dem Gebiete des Rechtes geht auch eine grohe Kleine lantale „Besonderheiten“ verloren.

Der Föderalismus hat den letzten Posten verloren, der zu verlieren war und es ist kein Zweifel, daß der Staat, den Decurtius seinen föderalistischen Geschäftsgenossen vor kurzem gab, der Staat, sich abzusondern mit den Thatsachen, sich auf den Boden der veränderten Verhältnisse zu stellen, früher oder später von den heutigen Föderalisten befolgt werden wird. Darüber läuft auch der Vorrang nicht hinweg, der sich auf dieser Seite gegen Decurtius erhob.

Auch die Arbeiterschaft steht einer neuen Situation gegenüber. Ihre wichtigsten praktischen Erfolge hat die organisierte Arbeiterschaft bis dahin auf dem Gebiete der Kantone errungen. Die Vereinheitlichung des Rechtes macht es notwendig, daß sie ihre ganze Kraft darauf setzt, auf eidgenössischem Boden Einfluß und Bedeutung zu gewinnen. Das kann sie nur, wenn sie erstens sich in einer starken politischen Organisation zusammenschließt und wenn zweitens an Stelle des Mehreheitsprinzips bei den Wahlen zum Nationalrat der Proporz getreten ist. Wie die Stärkung der politischen Organisation betrifft, so ist mit dem diesjährigen Parteitag der sozialdemokratischen Partei im Prinzip angenommenen neuen Organisationsstatut ein guter Anfang gemacht. Und auch die Einführung des Propozes liegt im Bilde: die Initiative ist beschlossen und sie wird voransichtlich auch gelingen. Ob der Propoz freilich jetzt schon vom Volke angenommen wird, ist zweifelhaft; daß er aber kommt, wagen selbst seine ärgsten Gegner nicht im Ernst zu bestreiten. Und erst, wenn der Propoz vorhanden ist, wird die Rechtsseinheit ihre besten Früchte tragen.

Deutsches Reich.

Chronik der Majestätsbeleidigungssprozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung verurteilte die Elberfelder Strafkammer am 14. d. Wls. den Fuhrmann Franz Kenne aus Braunschweig zu zwei Jahren Gefängnis. Diese Strafe wurde mit einer dem Angeklagten vom Kriegsgericht zugeteilten Gefängnisstrafe von drei Jahren und einem Monat wegen einer danach begangenen Majestätsbeleidigung und wegen Verweigerung des Gehorsams zu einer Gefängnisstrafe von 4 Jahren und 6 Monaten zusammengezogen.

In Mannheim wurde der Meiermeister Martin Meister von Speichbach wegen Majestätsbeleidigung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte bei einer politischen Kaffeegiererei im Wirtshaus sich gegen die Kleinstaaterei ausgesprochen und dabei eine absäßige Bemerkung über den Großherzog von Baden gemacht. Ein loyaler Bürger zeigte ihn an.

G. Unter dem Verdacht, eine Majestätsbeleidigung begangen zu haben, wurde dieser Tag ein junger Mann in Neunkirchen (Vorhingen) festgenommen und in das Saargemünder Bezirksgefängnis abgeführt.

* Berlin, 17. November. Der Kölner Volkszg. wird zur Lippe-Detmold Streitfrage aus Berlin geschrieben, der Bundesrat werde erst nach der Rückkehr des Kaisers zusammentreten und hoffe, daß es bis dahin gelungen sei, die für die Zuständigkeitsklärung des Bundesrats erforderliche Formulierung zu finden. In den preußischen Regierungskreisen verwahre man sich gegen die Auffassung, als ob mit dem Verlangen nach der Zuständigkeitsklärung bereits indirekt oder materiell Stellung genommen werden sollte zu Gunsten der Schaumburgischen Auffassung. Der Kaiser sei von seiner längeren Zeit festgehaltenen Auffassung von der Rechtslage zurückgekommen. Der ganze Konflikt sei zu vermeiden gewesen, wenn der Rat des Reichsanzlers eingeholt worden wäre. Daß dies nicht geschehen sei, habe als wesentliche Ursache den von dem Groß-Regenten betonten militärischen Charakter der Angelegenheit.

Die Germania weist darauf hin, daß in dem Augenblick, als Lippe-Detmold durch den unter König Albert von Sachsen erhält, ein Telegramm des Kaisers an den bisherigen Regenten, seinen Schwager Prinz Adolf zu Schaumburg-Lippe, bekannt wurde, in dem es hieß: „Einen besseren und würdigeren Herrn wird old nie wieder erhalten . . . wärnsten kaiserlichen

Dank für hingebende Treue, mit der Du Deines Amtes gewahlt." „Es möchte verstimmt wirken auch insofern, als darin eine Aussöhnung über das Verhältnis des Kaisers zu den Bundesfürsten zum Ausdruck zu kommen scheint, die verfassungsmäßig unbillbar ist. In dem Telegramm wird dem zurücktretenden Regenten, obwohl er als solcher allen anderen Bundesfürsten gleich steht, der kaiserliche Dank für seine Amtswaltung ausgesprochen, als wenn der Regent nur im Auftrage des Kaisers ein Amt zu verwahren gehabt hätte.“

„Mag auch die Beschwerde des Regenten“, so sagen die Dresdener Nachrichten, „rechtlich nicht begründet sein, so vermag man doch nicht einzusehen, worum der kaiserliche Bescheid in eine so scharfe Form gesleidet ist.“

In Bezug auf den Schaumburgischen Antrag erfährt die Nationalzeitung, daß im Gegenseitig zu dem vor einiger Zeit gemachten Besuch, eine Entscheidung des Bundesrates im Sinne des Schaumburgischen Antrages zu forcieren, jetzt alles auf die Absicht einer Verschleppung der Angelegenheit im Bundesrat hindeute. Die Verschleppungslust im Bundesrat macht sich geltend, seit demselben das Schlesische Gutachten zur Widerlegung der Denkschriften von Born und Nekols von Stradonitz und ein energetischer Widerspruch Lippe-Detmolds gegen den von Preußen im Sinne Schaumburg-Lippes gestellten Antrag zugegangen ist. Der Justizausschuss des Bundesrates, dem das Schlesische Gutachten überwiesen worden, hat bisher noch nicht darüber berichtet, und es ist vorläufig nicht abzusehen, wann die Angelegenheit auf die Tagesordnung des Bundesrates kommen wird. —

Der Behauptung, der Kaiser habe sich sofort nach seiner Ankunft am 26. November zu der um mehrere Monate verschobenen Beisehungsfest nach Friedrichsruh begeben wollen, treten die Bismarckischen Berliner Nachr. entgegen. Eine Benachrichtigung des Kaisers habe bis jetzt überhaupt nicht stattgefunden. Für die Beiseitung sei in erster Linie der letzte Wille des Reichskanzlers maßgebend, der ebenso wie den Ort seiner letzten Ruhestätte so auch die größte Einfachheit der Beiseitungsfest ausdrücklich vorgeschrieben hat. Nachdem Bismarck mehr als acht Jahre in voller Zurückgezogenheit verbracht, sei seine Bestattung ausschließlich Sache seiner Familie. Schon die rühmlichen Verhältnisse — die Grabkapelle gewähre nur für ungefähr 50 Personen Platz — schlossen jedes größere Gepränge aus, das dem Toten sein ganzes Leben stets zuwider gewesen sei. —

Den offiziellen Pol. Nachr. folge sind die Vorarbeiten für die Militärvorlage soweit gebiehen, daß der Bundesrat schon in nächster Zeit in die Erörterung des Gesetzentwurfs eintreten kann. Keineswegs sei es ausgeschlossen, daß die Militärvorlage, wie voriges Jahr die Flottenvorlage, dem Reichstage zugleich mit dem Etat zugehe. —

Die Berliner städtische Deputation zur Untersuchung der hohen Fleischpreise hat beschlossen, in dieser Angelegenheit eine Petition an den Reichskanzler zu senden; eine Abschrift davon geht dem Reichstage zu. Die Petition wird auch den Städtetag, der im Februar zusammentritt, beschäftigen. —

Die Reichskommission für Arbeitstatistik tritt am 17. November von neuem zusammen. Die letzte Tagung hatte am 27. und 28. Juni v. J. stattgefunden. Zu dieser waren die Erhebungen im Mühlen Gewerbe zu Ende geführt worden. Sodann waren die Erhebungen über die Arbeitszeit im Gastgewerbe begonnen worden. Nach eingehender Debatte einigte sich die Kommission dahin, daß eine Vorladung an Sachverständige in dem Verhältnis von einem Drittel der Arbeitgeber, zwei Dritteln der Arbeitnehmer im Gastgewerbe erfolgen sollte, daß im ganzen nur etwa 60 Personen berufen werden sollten. Dieser Beschluß ist jetzt ausgeführt worden. Der von der Kommission eingesetzte Ausschuss hat sich an alle Gastgewerbeverbände gewendet und um Entsendung von Vertretern oder Vertreterinnen gebeten. Es werden demnach etwa 60 Personen von der Kommission in der bevorstehenden Sitzung erscheinen, darunter auch Kellnerinnen. Bei dieser Bernehmung werden, wie man annehmen darf, verschiedene Uebelstände im Gastgewerbe zur Sprache kommen, namentlich dürfte auch jetzt wieder, wie schon in der vorigen Tagung, das Trinkgeldverweichen mit seinen entzüglichsten Wirkungen erörtert werden. Man rechnet auf die Bernehmung dieser Sachverständigen mehrere Sitzungen. In der vorigen Tagung war die Beratung der Frage der Sonntagsruhe in der Binnenschiffahrt begonnen worden. Es möchte aber wegen Erkrankung des Referenten Letocha von weiterer Erörterung abgesehen und die Beschlussfassung ausgesetzt werden. Die Verhandlung über diesen Punkt wird jetzt fortgesetzt werden. Die Kommission wird diesmal mindestens vier Tage sitzen. —

Gegen den Archivrat Verkemeyer hat, wie aus Detmold berichtet wird, die dortige Staatsanwaltschaft wegen der Entfernung von Aktenstücken aus dem Archiv nunmehr die Einleitung des gerichtlichen Verfahrens beantragt. —

Abg. Frhr. v. Hertling soll, wie man dem Frkl. Kur. aus München schreibt, vom Centrum zum ersten Präsidienten des Reichstages in Ansicht genommen sein, nicht Graf Wallerstrem. Dieser südländische Streber ist ebenso unerträglich wie der hochmütig-beschämte Junker und Großkapitalist Wallerstrem; sie taugen beide zu Präsidenten, wie das Grautier zum Lautenschlager. —

Über die durchschnittliche Arbeitszeit der Berliner Richter hat der Justizminister eine Umfrage veranstaltet. Sie hat ergeben, daß die Richter, je nach ihrem Wirkungskreise, täglich fünf bis zwölf Stunden beschäftigt sind, und daß danach für den ganzen Gerichtsbezirk der richterliche Normalarbeitszeit acht Stunden beträgt. —

Ein großer Teil der preußischen Presse (Köln. Blg. ic.) ist auf einen Blunder hereingefallen, den die amtliche Berliner Korrespondenz begangen hat. Sie hatte die für die „Handelskammern in Preußen“ in Aussicht genommenen Steuern und Bezirke mitgeteilt, muß aber nun feststellen, daß sie die Handelskammern gemeint hat. Man sieht, mit welcher Sorgfalt das eine Blättchen Papier, das sich Verl. Korr. nennt, von Amts wegen redigiert wird. —

Vom Bundesrate ist der Ansatz im kommenden Etat der Einnahmen aus den Zöllen und Verbrauchssteuern für das Rechnungsjahr 1899 auf insgesamt 742,8 Millionen Mark oder 40,8 Millionen mehr als im laufenden Jahre festgesetzt worden. Die Zölle, die insgesamt auf 442,4 Millionen veranschlagt sind, sind um 33,7 Millionen Mark höher angezeigt worden. „Würde die Einnahme für die 5 Hauptgetreidearten Weizen, Roggen, Hafer, Gerste und Mais ebenso wie die aus den übrigen Zöllen nach dem Durchschnitt der letzten 24 Monate berechnet worden sein, so hätte sich das Mehr noch um 12,5 Millionen erhöht. Mit Rücksicht auf die erheblichen Schwankungen bei der Getreideeinfuhr ist dieser Einnahme jedoch der Durchschnitt der letzten

drei Volljahre zu Grunde gelegt, so daß infolgedessen die Veranschlagung um die genannte Summe gesenkt werden müßte.“ Die Tabaksteuer ist auf 12 Millionen oder 0,4 Millionen mehr, die Zuckersteuer auf 92,1 Millionen oder 3,6 Millionen mehr veranschlagt. Die Ausfuhrzuschüsse, die bei der schweren Steuer von dem Bruttosoll in Abzug zu bringen sind, sind für 1899 auf 82,1 Millionen angenommen. Des weiteren ist die Salzsteuer mit 47,2 Millionen oder nahezu 1% Million mehr, die Braunkohleumaterialsteuer mit 16,8 Millionen, die Braunkohleverbrauchsabgabe mit 102,4 Millionen oder 1,3 Millionen mehr und die Brauosteuer mit 29,1 Millionen oder 0,9 Millionen mehr zum Ansatz gebracht. Auf den Kopf der Bevölkerung der Brauereigemeinschaft ergibt sich danach ein Nettoertrag von 0,71 Mark.

Die Ausweisung des Vorwärts-Medailleurs Genossen Braun wird, wie die Köln. Volksitzg. hervorhebt, in verschiedenen rechtsstehenden Blättern von Journalisten verteidigt, die ebenfalls als Ausländer, nämlich als Balten (aus den russischen Ostseeprovinzen) bekannt sind. „Es handelt sich hier vielleicht um Persönlichkeiten, die nicht ganz ihren Wünschen entsprechend zum Verlassen Russlands gedrängt sind und die also gewiß erkennen, wie wertvoll es ist, wenn man sich im Auslande eine neue Heimat gründen kann. Man sollte denken, daß solche Männer zu allererst die Neigung empfinden, duldsam zu sein.“

Nach den amtlichen Nachrichten ist bei der Stichwahl in Schaumburg-Lippe der Kandidat der freisinnigen Volkspartei, Kammergerichtsrat a. D. Dr. Müller, in der Stichwahl mit 3730 gegen 3066 konservative Stimmen gewählt worden. Bei der Stichwahl am 24. Juni 1898 siegte der Kandidat der freisinnigen Volkspartei, der verstorbene Biesau, mit 4013 gegen 3223 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 75,16 Proz. gegen 80,6 Prozent im Juni.

W. Die feudalen Drückebergereien werden in Oberschlesien immer häufiger; die Oberschlesier wollen sich nicht dazu bequemen, freiwillig zu Gemeinde- und Schulosten etwas beizutragen. In der letzten Oppelner Bezirksausschusssitzung wurde gegen vier derartige „Steuerverweigerer“ verhandelt, gegenüber v. Baudou auf Lubin, Herren Schmidt „auf“ Prochnitz, den lgl. Domänenfiskus (l) und gegen den freien Standesherrn Grafen Guido Hendel von Donnersmarck. Wenn auch die Summe noch so geringfügig ist — beim Grafen Hendel mit seinen 23000 Hectar Grundbesitz in Schlesien ohne seine Industriemillionen handelt es sich um 189 Ml. — die Oberschlesischen Grafen lassen sich lieber zehnmal verklären, ehe sie freiwillig bezahlen. Höchst wahrscheinlich handelt es sich bei allen diesen Prozessen um einen von einer gewissen Stelle aus systematisch betriebenen Widerstand der Oberschlesischen Oberschlesier insgesamt gegen die Herausziehungen zu Gemeindelasten.

Wie beim Vergleich, so ist es in allen Dingen: die verhassten Rechte des Feudalsystems sollen nach dem Willen der Inhaber nicht abgeschafft, sondern erweitert werden.

G. Militärisches aus den Reichslanden. Aus Colmar wird von einer neuen Säbelaffaire berichtet. Ein Droschkensitzer hatte den Auftrag erhalten, den Feldwebel Schröder vom 14. Jägerbataillon nach dem Schießplatz bei Horburg hinauszuführen. Bei der Brücke über die Ill, wo der Weg zum Schießstand abzweigt, ist ein steiler Abhang, den der Säbelher aus Gründen der Vorsicht sich weigerte, hinabzufahren. Da der Feldwebel auf seiner Forderung weiter geführt zu werden, bestand, entpann sich zwischen den beiden ein Worthwechsel, in dessen Verlauf der Feldwebel seinen Säbel blank zog und dem Säbelher einen Hieb hinter das linke Ohr versetzte. Die Verletzung ist glücklicherweise nicht schwer. Die Ausschreibung Schröders, der bereits im 14. Jahre dient, ist an zuständiger Stelle zur Anzeige gekommen.

Die Bluthat des Grafen zu Stolberg-Wernigerode, Mittmeister im Saarburger Ulanenregiment Nr. 15, der am 14. September im Biwak bei Hagenau den Sergeanten Scheinhardt durch einen Säbelstich in den Kopf tötete, hat nun endlich ihre Sühne gefunden. Graf Stolberg ist, wie die Straßburger Blätter berichten, mit Dienstentlassung und drei Jahren vier Monaten Gefängnis bestraft worden. Das Urteil soll bereits vom Kaiser bestätigt sein.

In Mülhausen hat am Sonntag abend in der Kaiser Wilhelm-Kaserne ein Rekrut der 8. Compagnie des 4. badischen Infanterie-Regiments Nr. 112 seinen Stubenältesten erstochen. Nach unserem reichsländischen Parteidienst handelt es sich um einen Fall der Wehrmacht. Dem Thäter, einem Rekruten aus Mannheim, waren in der Kantine Reile in Aussicht gestellt worden, weil er vermessen genug war, mit den „alten Leuten“ Rekruteneder zu singen. Der junge Soldat versah sich angeblich dieser Drohung mit einem Schustermesser, als er zu Bett ging. Gegen 10 Uhr kamen seine Gegner angerückt, um ihr Vorhaben auszuführen. Nun griff der gräßigste Rekrut zum Messer und hieb darunter blindlings auf den ihm zunächst Stehenden, einem Gefreiten ein, daß dieser mit zahlreichen Stichen in Armen und Brust, von denen einer das Herz getroffen hatte, sofort tot zusammen brach. Die Versicherung des unglücklichen Thäters, nur aus Notwehr gehandelt zu haben, erscheint für jeden, der das Leben in der Kaserne kennt, nach dieser Darstellung durchaus glaubhaft.

Breslau, 15. November. Der Magistrat lehnte den Antrag des Stadtkämmerers Nörte auf Aufhebung der städtischen Fleischsteuer ab, weil dazu eine Erhöhung des Einkommenssteuerzuschlags von 110 auf 160 v. H. erforderlich sein würde. Das freisinnige Stadtregiment hält also fest an einer städtischen indirekten Steuer der drückendsten Art, um die großen Einkommen zu schützen. Und das agitiert gegen die Fleischsteuer. . .

W. Beuthen (Oberschlesien), 15. November. Zwischen Polen und Deutschen, zwischen dem Katholik einerseits und Fürstbischof Kopp und Wallerstrem andererseits wird vielleicht der Tanz wieder losgehen. Der Katholik hat einen Artikel über die Wahlen veröffentlicht, der recht kriegerisch klingt und dem deutschen katholischen Centrum bittere Vorwürfe wegen seiner Unterdrückung des polnischen Volkes macht. „Ohne Polen keine Centrumabgeordneten in Schlesien!“ Das polnische Volk ist unzufrieden mit den Wahlausfällen, mit den gewöhnlichen Abgeordneten. Die Polen haben die Polen hintergegangen. Das ist kurz der Inhalt der Kriegserklärung. Die Polen werden es natürlich zunächst mit der Schweigetafel versuchen.

■ Stuttgart, 15. Nov. Auch die Kammer der Standesherren ruht bereits wieder aus von ihrer schweren Arbeit. Drei Tage im ganzen hat sie beraten, die Steuergesetze erledigt und sich dann bis zum 22. November in die Ferien begeben. Zuvor haben sie von ihrer Aussöhnung des Wahlspruchs „Adel verpflichtet“ Zeugnis abgelegt, indem sie sich bei Be-

ratung der Steuergesetze von der Pflicht des Steuernzahlens nach besten Kräften zu dekliren versucht. Die Zweite Kammer halte ursprünglich beschlossen, bis zu 15000 Ml. Einkommen 4 Prozent Steuer zu erheben, bis zu 50000 Ml. 5 Prozent, bei 60000 Ml. und mehr 6 Prozent. Damit wäre nur eine bescheidene Progression durchgeführt worden, die in einigen anderen Bundesstaaten beinahe in gleichem Maße eingeführt ist. Die hochmögenden Standesherren hätten dabei freilich etwas tiefer in den Beutel greifen müssen. Das gehört indes nicht zu den Neigungen der hohen Herren, und sie beschlossen daher wiederholzt — obwohl die Zweite Kammer dies Angebot in zweiter Lesung zurückwies — als Höchststeuerab 4%, Proz. festzusetzen, diesen Satz aber erst von Einkommen von 100000 Ml. ab aufwärts zu erheben. Auch will die Erste Kammer der Zweiten nicht das Recht zugestehen, den Steuerabfall über den sogen. Einheitsabfall auf dem Wege des Gesetzes zu erledigen, sondern das soll durch spezielles Gesetz geschehen. Noch in anderen steuertechnischen Fragen bestehen schwere Differenzen zwischen beiden Kammern, und die Blätter der verschiedenen Parteien zeigen daher keine großen Hoffnungen auf das Zustandekommen der Steuerreform.

Erschienen ist heute der Bericht der Verfassungskommission der Ersten Kammer, erstattet vom Grafen Rechberg zum Mohrenlöwen, der die Hoffnungen auf die Lösung der Jahrzehnte alten Verfassungsreform, die nicht leben und nicht sterben will, wieder steigert. Nur in wenigen Punkten weichen die Beschlüsse der Kommission von denen der Zweiten Kammer ab. Der Eintritt in die Beratung wird begründet mit der Notwendigkeit des Fortschreitens des Staatswesens. Zu der beschlossenen Zusammensetzung der Zweiten Kammer werden keine Änderungen beantragt. Der Beschuß der Zweiten Kammer ging bekanntlich dahin: Die Zweite Kammer besteht aus 3 Abgeordneten für Stuttgart, je 1 der übrigen 6 guten Städte, 63 der 63 Oberämter und 21 auf Grund der Proportionalwahl Gewählten, im ganzen 93 wie bisher. An der Zusammensetzung der Ersten Kammer werden nur kleine Änderungen gewünscht. So soll die Zahl ihrer auf Lebenszeit zu ernennenden Mitglieder auf 9 festgesetzt werden, statt auf „ein Drittel“ der üblichen, wie die Zweite Kammer beschlossen hatte. Ferner kann nur zum Mitglied ernannt werden, wer eine jährliche Rente von 12000 Ml. aufzuweisen hat. Nach den Vorschlägen der Kommission wird die Zahl der Mitglieder der Ersten Kammer von gegenwärtig 82 auf 49 erhöht, eins mehr, als die Zweite Kammer vorgesehen hatte. In der Frage des Budgetrechts ist der Bericht bescheidener als die Regierung. Die Erste Kammer will am Budget — auch in Einzelheiten, was sie bisher nicht kann — mit beraten; im Falle von Differenzen aber entscheidet die Zweite Kammer. Bei den Einnahmen (Steuerfestsetzung) soll in Streitfällen Stimmenauszählung erfolgen. Das Alter für das passive Wahlrecht, das von der Zweiten Kammer auf das 25. Lebensjahr festgesetzt worden war, soll wieder auf 30 Jahre festgesetzt werden. Die relative Mehrheit bei den Bezirkswahlen nimmt die Kommission an. Der Berichtsteller rechnet auf Grund der Reichstagswahlziffern aus, daß die Sozialdemokratie nach den neuen Verfassungsvorstellungen bei der Proportionalwahl im Kreis 3, bei den Bezirkswahlen in Stuttgart-Stadt 2, vielleicht auch alle 3, und die Mandate von Stuttgart-Land, Cannstatt, Heilbronn, Esslingen, Göppingen und Mühlacker erhalten haben würde. Aber er trostet sich damit, daß mit einer Verstärkung der sozialdemokratischen Stimmen in der Zweiten Kammer in absehbarer Zeit unter allen Umständen gerechnet werden müsse.

Diese Anträge enthalten zwar noch manche bedenkliche Korrektur der Beschlüsse der Zweiten Kammer, doch sind sie besser ausgestanden als man befürchtet hatte.

München, 16. Novbr. Das Deficit der Niederbayerischen Invalidenversicherungsanstalt betrug 252463 Ml. im Jahre 1892, 1896 aber 1458258 Ml. Der niederbayerische Landrat positionierte um „Sanierung“, die ja im neuen Entwurf „vor-gesehen“ ist.

kleine politische Nachrichten. Im Keller der Seebataillonskaserne in Kelz hat nach dem Vorwärts an einem Gasarm sich am 10. d. Mts. ein Soldat der 2. Komp. des 1. Seebataillons erhängt. Der erst am 1. November freiwillig eingetretene hat in einem ausrüstelassenen Brief angegeben, daß er das Leben fett habe. Bislang ist über die Ursachen des Selbstmordes nichts verlautbart, wie denn bislang auch die That selbst in den Kielker Blättern noch nicht erwähnt wurde. — Als der Kommandant der 18. Division, Generalleutnant v. Frankenberg-Broschütz in Flensburg, sich am 15. d. Mts. mittags in das Divisionsbüro begeben wollte, wurde er nahe der Kaserne von einem Blutsurge befallen und starb nach wenigen Augenblicken. — In Mainz soll der Reichstagsabgeordnete Dr. Schmitt (Centrum) aus Gründen familiärer Natur beabsichtigen, seine gesamten öffentlichen Amtser und damit auch den Reichstagsmandat niedergelegen. — Der schwäbische Bundesrat hat zu Vertretern bei der am 24. Nov. in Rom beginnenden internationalen Konferenz gegen den Anarchismus den Gefährten in Rom, Dr. Garlin, den Bundesanwalt Scherb-Bern, den staatsanwaltlichen Überpolizisten, der sich so oft schon blamiert hat, und den Nationalrat Zellin-Basel ernannt. — Der 80 Jahre alte ungarische, in Belgrad lebende Freiheitskämpfer Dr. Johann Astalosch, ein Kampfgenosse Ludwig Kossuths, hat wegen Verlustes seines Vermögens seine Frau und sich erschossen. — Von den Personen, die wegen der im September in Rabkina erfolgten Ausschreitungen gegen italienische Arbeiter angeklagt waren, wurden in Triest am 15. d. M. 151 zu Freiheitsstrafen von 20 Tagen Arrest bis zu 20 Monaten verurteilt, 4 Personen wurden freigesprochen. — Die von der russischen Regierung beabsichtigte Gewerbe- und Industrie-Steuer wird nur auf solche ausländische Gesellschaften angewendet werden, die in Russland Zweigniederlassungen und Filialen unterhalten. Besteuer wird das Grundkapital, mit dem die Zweigniederlassungen und Filialen operieren. — Die indische Regierung hat die Pilgerfahrt nach Mecca verboten. Nur diejenigen, die sich in Tschiangtong, in Bengal, einschließen und vorher ärztlich untersucht worden sind, dürfen nach Mecca pilgern. — Von der chinesischen Bahnslinie Tschiliang-Tientsin soll der südliche mit englischem, der nördliche mit deutschem Kapital gebaut werden.

Belgien.

Vertagung.

Brüssel, 17. Nov. Die Kammer hat sich auf 8 Tage vertagt. Bei ihrem nächsten Zusammentreffen, am 23. d. M., wird die Regierung von mehreren Abgeordneten interpelliert werden über die Maßregeln, die angesichts der Abrüstungsvorschläge des Barons zu ergreifen sind, und auf welche Weise die Regierung diese Vorschläge unterstützen werde.

(Fortsetzung in der 2. Beilage.)

Hierzu zwei Bellagen.

Infolge des letzten gelinden Winters ist es mir in Verbindung mit noch einigen befreundeten Schuhhändlern möglich gewesen, mit Fabriken, die

Winter-Artikel

fabrizieren, zu sehr niedrigen Preisen abzuschliessen.

Ich bin deshalb in der Lage, nachstehende aussergewöhnlich billige Offerte zu machen:

Warme Cordschuhe für Kinder 40 Pfg.

Warme Filzschuhe für Herren 80 Pfg.

Warme Filzschuhe für Damen 60 Pfg.

Katzenpelzstiefel für Damen 7.50 Mark.

Warme Pantoffeln für Herren, Damen und Kinder

in überraschender Auswahl zu sehr niedrigen Preisen.

Felix Schiff

vorm. Georg Wolff, 26 Reichsstr. 26.

Verein Vorwärts, L.-Süd.

Donnerstag den 17. November abends halb 9 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Saale des Gambrinus, Connewitz.

Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Steuerberichtigung.
2. Vortrag des Genossen Manfred Wittich. über: Eine deutsche Dichterin
des Proletariats. 3. Vereinsangelegenheiten.
Recht zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Konsumverein f. d. Ostvorstadt Leipzig u. Umg.

(Eingetr. Gen. m. Beschr. Haftpflicht.)

Die Generalversammlung am 18. September beschloß, 10 Prozent Dividende zu gewähren. Die Auszahlung derselben findet wie folgt statt:

Rt. 1-1800 Dienstag den 22. November 1898

" 1801-3000 Mittwoch den 23. November 1898

" 3001-4000 Donnerstag den 24. Novbr. 1898

" 4001 bis Schluss Freitag den 25. Novbr. 1898

und zwar in der Zeit von vormittags 8-12 Uhr und von nachmittags 2-7 Uhr.

Nichterhobene Dividenden versallen in zwei Jahren dem Reservestofds.

Der Vorstand.

G. Barreidt. D. Gersdorf.

Geehrten Gewerkschaften u. Vereinen

empfiehle meine stets sauberer Räume zu Versammlungen und Festlichkeiten.

Anerkannt gute Biere und grohe Auswahl in Speisen.

Bürgerlichen Mittagstisch int'l. Suppe 40 Pf.

Zu Abendung W. Spess.

Morgen sowie alle Freitage

Pantheon. Ballmusik.

Ergebnis lässt ein

J. Munkelt.

Restaurant Kaufhalle

Plagwitz, Zimmerstrasse.

Nur bis Sonntag den 20. November wird die kleinste Zwergkellnerin

Prinzess Piccolomini

mit ihrem sechsjährigen

Zwergkind

[10897]

in meinen Lokalitäten servieren und sieb einem zahlreichen Zuspruch von Nah und Fern entgegen

Hochachtungsvoll Eugen Schubert.

Meine eröffnete

Café-, Schank- und Speisewirtschaft

Lindenau, Harkortstr. 7 (Nähe des Marktes)

empfiehlt zur gültigsten Verständigung.

Hochachtungsvoll C. Hirsch

Eisgäste werden federnd angenommen. Speisen zu jeder Gelegenheit.

Abonnement der Volkszeitung.

[10928]

Salon Germania.

Nach auf meinen Sonntag den 20. November stattfindenden grossen Theaterabend höchst aufmerksam.

Hochachtungsvoll H. Nagel.

Geschw. Süss, Thonberg, Reichenhainer Str. 51, Fuß u. Modegeschäft

Grohe Auswahl garnierter und ungarierter Damenhäute, seidener Bändern, Agraffen z. c. in jeder Preislage. Großes Lager von Herren-Schläppen, Krägen u. Kragen. Modernisierte getragener Hütte schnell und billig.

[10468]

H. Döring, L.-Kleinzschocher.

empfiehlt Hütte, Mützen, Pelze- und Filzwaren sowie Schuhe, Hosenträger, Seiden- und Papierwäsche, Regenschirme, Spazierstöcke z. c. Herrenhüte von 2 Mk. an in allen Farben.

[10932]

Als praktische Weihnachtsgeschenke empfiehlt:

Puppenwagen

Notenständler

Puppen-Sportwagen

Zeitungshalter

Korbstühle

Papierkörbe

Kinderstühle

Reisekörbe

Triumphstühle

Waschkörbe

G. Boesecke

Lindenau, Nähe der Post, Dauerstraße 4.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Vollender in Leipzig. — Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Heinrich in Leipzig.

Frische Oderbruch-Gänse

treffen jetzt jeden Donnerstag wieder ein und offerieren

das Pfund 58 Pf.

Carl Bredow

früh. Niederlage F. E. Krüger

Tauchaer Str. 2, gegenüber d. Kristallpalast.

Kanonen- oder Quintöfen

mit 1 und 2 Ringlöchern
Kochöfen, Kochherde, Reguleröfen,
Ofenrohre und Knie, Ofenroste, Ofen-
platten, Kohlenkästen, anhäng. u. emaill. Kochgeschirre

empfiehlt billig

Alwin Richter, Chausseestr. 11.

Erste Südvorstädtische Schnell-Besohl- und Reparaturanstalt
L.-Connewitz, Südstraße 186 b, am Kreuz.

Neu eröffnet! II. Geschäft, Leipzig, Moltkestrasse Nr. 64

gegenüber der Schule.

Preis-Courant:

Herren-Sohlen 1.50 Mt. | Damen-Sohlen mit Absätzen 1.40 Mt.

Herren-Sohlen mit Absätzen: 2.— | Knaben- u. Mädchen-Sohlen von 80 Pf. an

Damen-Sohlen 1.— | Kinder-Sohlen 60

Lieferzeit 20 Minuten. Auf Wunsch kann darauf gewartet werden.

Es wird nur bestes Kornleder verarbeitet.

Alle anderen Reparaturen und Bestellungen nach Maß werden gut und billig ausgeführt.

Gummischuhe werden repariert.

Max Leibe, Schuhmachermeister.

Eine wichtige Frage

entsteht bei jeder Verlobung, Hochzeit, Umzug oder Ergänzung einer Wohnungseinrichtung:

Wo kaufen wir unsere nötigen Möbel?

Wie kommen wir am besten dazu in Bezug auf Preise, Auswahl und geschmackvolle Ausführung?

Zur Lösung dieser Frage wende man sich vertrauensvoll an das

bestens renommierte und coulante

Möbel- u. Ausstattungsmagazin

von

M. Biesenthal

Windmühlenstrasse 25

(Haltestelle der Straßenbahn).

Dieses seit 25 Jahren bestehende Etablissement hält jedermann große

Vorräte in Möbeln jeder Art und Preislage, vom feinsten Salon, Wohn-

Spiele- und Schlafzimmer z. c. bis zur einfachsten Wohnungseinrichtung.

Besichtigung ohne Kaufzwang gern gestattet.

Sie erhalten Ihre Uhr

tadellos und billig repariert bei

C. Hammer, Uhrmacher

Wintergartenstrasse 15, am Kristallpalast.

Neue Uhren einstellen 1 Mt., Uhrglas 10 Pf., Zeiger 10 Pf.,

Uhrring 10 Pf., Schlüssel 5 Pf.

Für guten Gang 1 Jahr Garantie.

Marienbad

Leipzig-Neuschönfeld

Eisenbahnstrasse Nr. 66.

Konradstrasse 25.

Schwimmhassassin 20°

Karl Worbs, Kleinzschocher

Gaußstraße 13.

Jeden Freitag Schlachtfest.

Früh 8 Uhr Weissfleisch.

Dampfbäder, russische, thüringische, Volle und Teile-Dampfbäder, Glücksäcken, Spezialformen, anerkannt vor Massag. Damenzeil von 1-4 Uhr nachm. Schwimmhassassin, Krystallisiertes Wasser, Damenzeil: Montag, Mittwoch, Sonnabend v. 2-1/2, 5 Uhr nachm.; Dienstag, Donnerstag, Freitag v. 1/2-11 Uhr vorm. Bannenhäuser I. u. II. Gläser für Damen u. Herren zu jeder Tageszeit. Die Anstalt ist für alle Bäder von früh 6 bis abends 8 Uhr geöffnet.

[10658]

Dampfbäder, russische, thüringische, Volle und Teile-Dampfbäder, Glücksäcken, Spezialformen, anerkannt vor Massag. Damenzeil von 1-4 Uhr nachm. Schwimmhassassin, Krystallisiertes Wasser, Damenzeil: Montag, Mittwoch, Sonnabend v. 2-1/2, 5 Uhr nachm.; Dienstag, Donnerstag, Freitag v. 1/2-11 Uhr vorm. Bannenhäuser I. u. II. Gläser für Damen u. Herren zu jeder Tageszeit. Die Anstalt ist für alle Bäder von früh 6 bis abends 8 Uhr geöffnet.

[10658]

Dampfbäder, russische, thüringische, Volle und Teile-Dampfbäder, Glücksäcken, Spezialformen, anerkannt vor Massag. Damenzeil von 1-4 Uhr nachm. Schwimmhassassin, Krystallisiertes Wasser, Damenzeil: Montag, Mittwoch, Sonnabend v. 2-1/2, 5 Uhr nachm.; Dienstag, Donnerstag, Freitag v. 1/2-11 Uhr vorm. Bannenhäuser I. u. II. Gläser für Damen u. Herren zu jeder Tageszeit. Die Anstalt ist für alle Bäder von früh 6 bis abends 8 Uhr geöffnet.

[10658]

Dampfbäder, russische, thüringische, Volle und Teile-Dampfbäder, Glücksäcken, Spezialformen, anerkannt vor Massag. Damenzeil von 1-4 Uhr nachm. Schwimmhassassin, Krystallisiertes Wasser, Damenzeil: Montag, Mittwoch, Sonnabend v. 2-1/2, 5 Uhr nachm.; Dienstag, Donnerstag, Freitag v. 1/2-11 Uhr vorm. Bannenhäuser I. u. II. Gläser für Damen u. Herren zu jeder Tageszeit. Die Anstalt ist für alle Bäder von früh 6 bis abends 8 Uhr geöffnet.

[10658]

Dampfbäder, russische, thüringische, Volle und Teile-Dampfbäder, Glücksäcken, Spezialformen, anerkannt vor Massag. Damenzeil von 1-4 Uhr nachm. Schwimmhassassin, Krystallisiertes Wasser, Damenzeil: Montag, Mittwoch, Sonnabend v. 2-1/2, 5 Uhr nachm.; Dienstag, Donnerstag, Freitag v. 1/2-11 Uhr vorm. Bannenhäuser I. u. II. Gläser für Damen u. Herren zu jeder Tageszeit. Die Anstalt ist für alle Bäder von früh 6 bis abends 8 Uhr geöffnet.

[10658]

1. Beilage zu Nr. 266 der Leipziger Volkszeitung, Donnerstag, 17. November 1898.

Parteiversammlung für den 12. und 13. sächsischen Reichstagswahlkreis.

Die Versammlung war gut besucht. Auf der Tagesordnung standen außer einem Referat des Genossen Schoenlank über das Thema: Die drohende Ausnahmegesetzgebung und die deutsche Arbeiterklasse noch die Berichte des Agitations- und Preßkomitees und die Neuwahlen dieser Komitees.

Genosse Schoenlank führte aus: Es sei charakteristisch, daß die politische Konstellation dieselbe sei wie vor 20 Jahren, vor Erlass des Sozialistengesetzes. Die Tendenz der politischen Entwicklung und der wirtschaftlichen Massenausplünderung sei dieselbe. Das soziale Wahlrecht in Gefahr sei, leugne heute niemand mehr, und hinter den Bestrebungen auf die Verstärkung des Koalitionsrechtes lauere die Bewegung einer Hochblüterei, die der Arbeiterklasse die Lust des Brotruschers bringen solle. Statt des jüngsten Brotzugs auf 8 bis 9 Mrd. sei es auf einem solchen von 8 bis 9 Mrd. abgesehen. Auch unter Bismarck wurde erst die einzige wirklich oppositionelle Partei gegründet und dann der wirtschaftliche Raubzug gegen das arbeitende Volk eingeleitet. Dasselben Elemente wie 1878 sind heute an der Arbeit. Damals die Attentatsrede, schwarze Asten, ein ununterbrochener Dauerregen von Staatsfeindschaftsprozessen, die Spitzel- und Denunziationspest. In dem einen Monat Juni 1878 wurde wegen Staatsfeindschaften aus 500 Jahren Gefängnis erlassen, ja ein einziges Gericht, die berüchtigte 7. Deputation des Berliner Stadtgerichts, verhängte in einem Tage 22 Jahre Gefängnis über sieben Personen wegen Staatsfeindschaften. Alles was organisiert war, wurde aufgelöst, periodische und nicht periodische Druckschriften wurden verboten, der Belagerungsstatus mit 900 Ausweisungen verhängt, von denen 500 Familienväter betrafen. Auch die Gewerkschaften wurden unterdrückt. Später ließ man den Fachvereinen die Zügel etwas loswerden, bis am 11. April 1886, nach der Petition einer Deputation von Bauinnungsmästern, der Puttkamerische Streikvertrag erschien. Als unsere Genossen im Reichstage Beschwerde führten, antwortete Puttkamer: Hinter jedem Streik lauere die Hydra der Revolution und die Agitatoren stützen sich den „Rachen“ aus den sauer erworbenen Spargroschen der Arbeiter.

Es war damals derselbe Faben wie heute. § 153, ein Rauchschulparagraphe wie alle Gesetze, die die Freiheiten des Volkes einzuschränken bestimmt sind, und der große Unfugssatz wurde massenhaft in Anwendung. Zahlreichen Arbeitern wurde wegen Repression und Nötigung der Prozeß gemacht. Das Reichsgericht zeigte, wie auch ohne Buchstaben gesetzlich auszukommen war. Wer, wenn auch erfolglos, zur Arbeitsbeinstellung ohne Einhaltung der Strafgefangenschaft aufforderte, konnte danach nach § 110 des Strafgesetzbuches bis zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt werden; der § 110wendet sich gegen Ungehorsam der Gesetze oder rechtsverbindliche Verordnungen. Der § 111 aber setzt eine Höchststrafe von einem Jahr Gefängnis bei erfolgloser Aufforderung zur strafbaren Handlung fest, so daß die, die zu Mord und Raub erfolglos aufforderten, mit einem geringeren Strafmaximum zu rechnen hatten, als ehrliche Streikende.

Trotz der anfänglichen Verwirrung, die das Ausnahmegesetz in unserer Partei anrichtete, gewann bald die Disciplin die Oberhand wieder. Sie verhinderte, daß die herrschenden Klassen die Früchte des Gesetzes ernnten könnten. Das Sozialistengesetz ist zu Ende gegangen mit einem kläglichen Abschluß. Den 1000 Jahre Gefängnis und 1800 verbotenen Druckschriften, den Ausweisungen und anderen Drangsalen stand gegenüber eine Steigerung der sozialdemokratischen Stimmenzahl von 400000 im Jahre 1878 auf 1200000 im Jahre 1890.

Wir haben es heute im wesentlichen mit denselben Bestrebungen zu thun, mit den Angriffen auf das Koalitionsrecht und das Wahlrecht und einem Feldzug gegen die Konsumten. Die Arbeiterschaft soll als organisierte Klasse beteiligt und zu einer Anhänger eines sozialistisch-kapitalistisch-polizistischen Klüngels gemacht werden, sie soll niedergeschlagen werden, um auf den Triumphen des heiligen Reichs des persönlichen Regiments, der absolutistisch-feudal-capitalistischen Wirtschaft zu errichten. Wo die politischen Spannungswstände so gefährlich sind, daß jeden Augenblick die Explosion erfolgen kann, da hat die Sozialdemokratie festzuhalten an ihrer alten bewährten proletarisch-revolutionären Taktik. Der Redner entwarf in scharfen Umrissen ein Bild des Standes der Partei vor dem Erlaß des Sozialistengesetzes, kennzeichnete die großen praktischen Erfolge, den Zustand der wohl in die Breite, aber nicht ebenso in die Tiefe gewandten Presse, das nicht führende Centraalorgan, die theoretische Unklarheit (der Gothaer Resolution von 1878 über die Sozialfrage u. s. w.) und die aus diesem Sachverhalt sich für die Gegenwart ergebenden Schlüsse. Sie muß bleiben was sie ist, oder sie wird zu Grunde gehen. (Vedderer Beifall.)

Genosse Grenz knüpft an den bereits in unserer letzten Sonnenblumen-Nummer veröffentlichten Bericht des Agitationskomitees an. Er enthalte ja nur den kleinsten Teil der Thätigkeit des Komitees und der Partei genossen. Wenn die erzielten Erfolge auch nicht immer bekräftigt, so hätten die Genossen doch alles, was möglich war, gethan. In Bezug auf die Flugblattoberbreitung erhoffte er für die Zukunft noch eine Besserung. In Bezug auf die Lokalfrage sprach der gebrückte Bericht davon, daß andere Wege eingeschlagen werden müßten. Das Agitationskomitee erhebt nicht den Anspruch, zehlfrei zu sein; aber selbst wenn es das wäre, so würde es in der Lokalfrage wie ein General ohne Heer dastehen. Es sei verwunderlich, daß unsere in manchen Kämpfen und namentlich in manchem ernsten Streit erprobte Arbeiterschaft in der Lokalfrage so wenig Erfolg haben wie beispielsweise in Kleinschöner. Wenn die Arbeiter auch hier nur ernsthaft wollten, so müßte ihnen der Kampf von vornherein sicher sein. Bei den Verhandlungen mit dem Bauernkönig konnte von dieser Seite leider mit Recht wiederholt darauf verwiesen werden, daß die Arbeiter doch in jenen Lokalen verkehren, die der Sozialdemokratie zu Versammlungen nicht zur Verfügung stehen. Es müßten und könnten andere Wege eingeschlagen werden, wenn die Arbeiter nur wollten. Auf die Frage, wer als organisierter Arbeiter angesehen sei, müßte Redner antworten, es genüge in den sozialdemokratischen Wahlvereinen ebenjowohl wie in den Gewerkschaften, Mitglied zu sein und die Wochenbeiträge zu leisten, sondern ein jedes Mitglied müßte sich auch allen erforderlichen Arbeiten unterziehen. Schwere Zeiten verlangen den ganzen Mann. Zum Schluß macht der Redner noch daraus aufmerksam, daß im kommenden Jahre auch die Leipziger Partei genossen von neuem Stellung zu der Frage der Beteiligung an den Landtagswahlen zu nehmen haben würden. — Eine Diskussion knüpfte sich nicht an diesen Bericht.

Für das Preßkomitee erstattet Gen. Bock Bericht. Es sei nun vier Jahre her, daß aus dem Wähler die Leipziger Volkszeitung wurde. Diese habe es in dieser Zeit auf 26000 Abonnenten gebracht. Über die Genossen dürften in ihrer Agitation nicht erschämten. Jeder Arbeiter müsse die fortlaufende Lektüre der Volkszeitung zum Bedürfnis werden, damit er jederzeit über alles unterrichtet werde. Einige Beschwerden gegen die Redaktion fanden zur beiderseitigen Aufschlußlichkeit ihre Erledigung. Der Verlag der Volkszeitung werde sich in nächster Zeit mit der Anstellung einer zweiten Rotationsmaschine zu beschäftigen haben und Redner hofft, daß auch im nächsten Jahre wieder weitere Fortschritte unseres Parteiorganes zu verzeichnen sein würden.

Gen. Weigert erhebt den Vorwurf, daß die Leipziger Volkszeitung die gewerblichen Angelegenheiten nicht genügend berücksichtige, welchen Vorwürfe die Gen. Strecke und Pollender entgegentreten. Damit schloß auch die Diskussion über den Bericht des Preßkomitees.

Zu Neuwahlen für die Abrechnung des Agitationskomitees werden per Acclamation die Gen. Wölfel und Röhl gewählt.

Bei der Neuwahl des Agitationskomitees erhielten Stimmen die Gen. Grenz 528, Apinski 500, Jakob 436, Wiesenthal 218. 84 Stimmen waren zerstört, 26 ungültig. Die drei erstgenannten sind gewählt.

Bei der Neuwahl des Preßkomitees erhielten Stimmen die Genossen Bock 507, Gottschalg 368, Beyer 304, Heyer 265, Kleemann 262, Lehmann 74, zerstört waren 59, wobei 7 und ungültig 6. Die drei erstgenannten sind gewählt.

In einem begeisterten Schlußwort ernannte Gen. Schoenlank, nicht abweichen von der Basis des Klassenkampfes und die Fabne unserer Partei hochzuhalten mit kühlem Kopf, aber auch mit Begeisterung.

Der Vorsitzende, Gen. Grenz, der zu Beginn der Versammlung dem vor 50 Jahren mit Feuer und Blut befechteten Volksmann Robert Blum, wie den im letzten Jahre verstorbene Parteigenossen einen ehrenden Nachruf gewidmet hatte, schloß darauf die Versammlung.

er in Wut und warf ihn schließlich die Treppe hinunter, so daß der Junge sich am Hinterkopf verletzte. Schließlich warf er ihm noch Strümpfe und Schuhe nach, denn der Junge stand barfuß im Schnee. Nach Aussagen der Beugen ist in den zwei Jahren fast kein Tag vergangen, an welchem das Kind nicht Schläge erhielt, die Mißhandlungen sollen sich sogar an manchen Tagen wiederholten haben. Die Ernährung war ebenfalls eine maßlose. Wenn die Stubennachbarn fröhlich aufstanden, lag der kleine Kerk gewöhnlich schon auf der Straße, ohne etwas genossen zu haben, und nur mildeidigen Seelen hatte er es zu danken, wenn er bis mittag überhaupt etwas zu essen bekam. Gab es dann etwas zu essen, so war es Brot und dann und wann ein Stück Gurke, wozu er Wasser trank.

Das Kind blieb infolge dieser elenden Mißhandlungen in der Entwicklung sehr zurück. Das Landgericht Chemnitz verurteilte das erbärmliche Weib zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, während ihr gleichwertiger Mann mit fünf Monaten Gefängnis davonsah.

Einmal hatte man das arme Kind drei Tage lang eingesperrt und ihm eine Kiste als Schlafstätte angewiesen, in der der Junge nicht einmal gerade liegen konnte.

Chemnitz, 15. November. Nach einer Mitteilung des Vorwärts siegte bei den Stadtverordnetenwahlen die ganze sozialdemokratische Liste.

so. Plauen i. B. 16. November. Bei dem Jubiläum am 22. April wurde auch hier vor dem Unfall des Rätelein-Ambroßens lebhafte Gebrauch gemacht. Ein die Bahnhofstraße entlang gehendes Mädchen bekam einen niedergehenden, 10 Centimeter langen Räteleinstab so ungünstig in den Kopf, daß es an den Folgen nach 5 Wochen im Krankenhaus verstarb. Daraufhin hatten sich zwei Kochlehrlinge von Deits Hotel, die um diese Zeit in der Nähe Räteleins losgelassen hatten, wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten. Sie wurden aber von dieser Anklage freigesprochen und nur wegen Übertretung einer Polizei-Verordnung zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Es feien um diese Zeit in der Bahnhofstraße, hiess es, so viele Räteleins abgebrannt worden, daß es nicht zweifellos ist, daß diejenige, deren fallender Stab jenem Mädchen so gefährlich wurde, von den Angestellten herrührte.

Auerbach, 15. November. Der Zwiespalt zwischen Bürgermeister und Gemeindevertretung zieht immer weitere Kreise. Neuerdings haben wiederum drei Stadtmittelglieder in einer Einigung sich offen gegen den Bürgermeister Krebschmar erklärt. Krebschmar hat in einer der letzten Stadtverordnetensitzungen mit Bezugnahme auf die früher gefallenen Neuerungen erklärt, daß die Einnahme des Vorschusses von 15 000 Mk. aus der Stadtkasse nicht von ihm selbst allein bewilligt, sondern auch von dem damaligen Stadtverordneten-Borsteher, jetzigen Stadtrat Knoll, mitgenommen gewesen und daß dieser Betrag später wieder an die Stadtkasse zurückgezahlt worden sei.

Neine Nachrichten aus dem Lande. Eine Erhöhung der Real Schulgeldsätze haben auf einer Konferenz in Dresden Vertreter der Städte von Aue, Bautzen, Grimma, Frankenberg, Glauchau, Grimma, Großenhain, Leisnig, Melken, Oschatz, Pirna, Reichenbach, Rochlitz, Stollberg und Werda gefordert. Der Anlaß zu diesem Beschlusse soll die vom Staat geforderte Regulierung und Erhöhung der Lehrer Gehälter für Realschulen sein. — Einem Beschlusse der städtischen Kollegen in Chemnitz aufgrund folgen künftig im Interesse der Bürgerschaft auf Privatgrundstücke aus sämtlichen städtischen Kassen Kapitalien bis zu 1/4 vom Betrage der Brandkasse ausgesteckt werden. Des weiteren soll, abgesehen von der Verstärkung der Brandkasse, bei Ausleihung von Hypotheken die Hälfte des Mehrwertes über 15 Mk. für 1 Quadratmeter Bodenwert belassen werden. — Wegen Verdachts, die kürzlich in Reichenbach abgebrannte große Fabrik in Brand gestellt zu haben, ist von der Staatsanwaltschaft Plauen der Fabrikant Kunz aus Sachsen verhaftet worden. Kunz war Wächter eines der Säle in der Fabrik und betrieb in dieser mechanische Weberei. — Ein schwerer Unglücksfall trug sich in Crostau bei Schirgiswalde ab. Der Maurer und Hausbesitzer Wemme war mit dem Reinigen seines 22 Ellen tiefen Brunnens beschäftigt, als plötzlich ein Teil der Einmauerung zusammenstürzte und Wemme zum Teil verschüttet wurde. Während der Rettungsarbeiten stürzte der Brunnenturm vollends in sich zusammen und begrub den Unglüchlichen unter den Trümbern. Am zweiten Tage erst konnte die Leiche des Vermüllten, trotz ununterbrochener Thätigkeit der Rettungsmannschaft, geborgen werden. — Als der Wirtschaftsbesitzer John in Königstein, ein an Krämpfen leidender 47-jähriger Mann, am Sonnabend abend mit einer brennenden Petroleumlampe in ein im oberen Stock gelegenes Zimmer ging, wurde er plötzlich von einem Krampfanfall befallen und stürzte zu Boden, wobei die in seiner Hand befindliche Lampe explodierte. Der brennende Inhalt ergoss sich über den im bewußtlosen Zustande Daliegenden. Nach langerer Zeit stand man ihn über und über brennend in einem höchst belästigenden Zustand. Der Unke Arno war vollständig verbrüht, von Haaren und Augenbrauen war nichts mehr zu sehen und die Haut war völlig geröstit. Der herbergenfeste Arzt vermoderte dem Verstorbene, der wieder bei klarem Bewußtsein war, zwar Linderung, jedoch Hilfe nicht zu bringen. Der Tod erlöste ihn bald von seinen qualvollen Schmerzen.

Aus dem 11. sächsischen Reichstagswahlkreise.

m. Burzen, 14. November. Die aufgestellte Wahlliste für die nächste Stadtverordneten-Ergänzungswahl weist 1408 wahlberechtigte Bürger auf. Bei der im Frühjahr 1896 stattgefundenen Wahl waren 1522 und bei der im Herbst 1896 1495 wahlberechtigte Bürger vorhanden.

Wie sich jetzt herausstellt, haben tatsächlich sämtliche Vorstandsmitglieder des Arbeiter-Turnvereins Strafmmandate erhalten, und zwar nicht weniger als fünf solche in der Höhe (mit Kostenrechnung) von 10.10 Mark und vier solche in der Höhe (mit Kostenrechnung) von 4.10 Mark. Die Betroffenen sind nicht wenig erstaunt ob ihrer Frevelthat, die sie hier nach begangen haben sollen. Bis jetzt ist es immer nur Sache des Vorstehenden gewesen, derartige Vereinsgeschäfte zu besorgen. Der Vorstehende hat in letzter Zeit diese Personänderungen bei der Polizeibehörde anzumelden versäumt. Da sich die anderen acht Vorstandsmitglieder für unschuldig halten, ist von ihnen gerichtliche Entscheidung beantragt worden. Wie verlautet, haben auch vier weitere Turner, die früher im Arbeiter-Turnverein und im Vorstand waren, Strafmmandate erhalten. Da das die Stövrefriede, die unlängst den Arbeiter-Turnverein zerstören wollten und jetzt einen neuen Turnverein gegründet haben, betrifft, sollen sie keine schlechten Geister getragen haben. In einem ähnlichen früheren Fall ist nur der Vorstehende bestraft worden.

g. Halle, 15. Nov. Zwei Prozesse standen gestern und heut gegen den Reichstagabgeordneten Genossen Ad. Thiele vor den Landgerichten in Naumburg und Halle zur Verhandlung.

an. In dem einen Halle sollte Thiele in einer Versammlung während der Reichstagswahl am 13. Juni in Zeit eine öffentliche Beschimpfung der christlichen Kirche und ihrer Gläubigen begangen haben. Der Staatsanwalt in Naumburg beantragte 5 Monate Gefängnis; der Gerichtshof kam aber nach kurzer Beratung zur Freisprechung, da ihm die Notizen zweier Polizeibeamten, auf denen die Anklage fuhrte, nicht zuverlässig schienen waren. Im anderen Halle handelte es sich um eine Beleidigung des Polizeisekretärs Gabel in Zeit, der sich als Kriegerverein durch einige Notizen verlebt fühlt. Diese Sache wurde aber auf Antrag des Genossen Thiele bis nach der Beleidigung der Klage mit den 544 beleidigten Kriegervereinsmitgliedern verlagt.

Merseburg. 15. November. Eine halbe Stunde von dem Dorfchen Dahlen liegt ein verfallenes Gehöft, die „Alte Hütte“, in der die Besitzerin, die 60 Jahre alte unberuhigte Wilhelmine Koch und der gleichaltrige Arbeiter Hahn hausen. Die Wohnung stand vor Schmiede; obwohl die beiden nicht unvermögend sind, hat doch die Koch außer ihrem 15 Morgen umfassenden Besitztum noch etwa 20000 M. in Einnahmen auf der Sparbüchse. Dieser Umstand muss einem Arbeiter, dem 25jährigen Schlosser Schmall bekannt gewesen sein, der am Sonntag bei den beiden vorsprach, wohl in der Annahme, dass im Hause Geld verborgen sei. Schmall feuerte auf die Koch und den Hahn mehrere Schüsse, an deren Folgen die erstere gestorben ist. Hahn erhielt nur Streifschüsse. Schmall, der sein Vorhaben vereitelt sah, ergriff die Flucht. Er begab sich nach Halle, wo er am Montag in gewohnter Weise an seiner Arbeitsstätte erschien, aber bald darauf verhaftet wurde, da er bei seiner Flucht erkannt worden war.

Jena. 16. November. Im Rudolstädter Landtag erklärte gestern der Minister offiziell, dass die Verlegung der Schnellzüge Berlin-München auf die Saalbahn über Jena-Saalfeld endgültig feststehe. Damit ist nun endlich diese besonders für Jena so wichtige und so lange ersehnte verkehrspolitische Maßnahme amtlich bestätigt.

Gotha. 15. Nov. Dem heute eröffneten Landtage sind Vorlagen über die Einführung einer Einkommen- und einer Vermögenssteuer zugegangen.

Erfurt. 15. November. Die Tribune hat in einigen Nummern die Notiz gebracht, dass die Büchner'sche Brauerei mit den klassenbewussten Arbeitern auf dem Kriegsfuß stehe. Das Schöffengericht erblieb darin groben Unfug und verurteilte den Genossen Rudolph als verantwortlichen Redakteur der Tribune zu einer Woche Gefängnis. Die gegen das Urteil eingewendete Revision hat das Landgericht verworfen. Das Gericht nahm bei der Strafmaßnung die Tendenz des Platzen als Strafsohndungsgrund an. Genosse Rudolph musste nun wie Genosse Jahrenkamm, der Vorsitzende des Gewerkschaftsrates, der wegen derselben Aeußerung in einem von ihm verlegten Flugblatt ebenfalls eine Woche Gefängnis erhielt, aber keine Verurteilung einlegte, seine Strafe abbrummen.

Die Stadtverordnetenwahlen

finden laut amtlicher Ausschreibung für die Wähler der dritten Classe

am 28. November

statt. Es trennt uns also nur noch eine kurze Spanne Zeit vom Wahltag.

Parteigenossen! Wennst diese Zeit zur eifrigsten Agitation für unsere Sache. Es gilt, noch eine große Zahl wahlberechtigter Bürger, die sich bei früheren Wahlen der Stimmenabgabe enthalten hat, für unsere Sache zu gewinnen. Agitiert, wo es auch sei: in der Fabrik, in der Werkstatt, im Wohnhause, im gesellschaftlichen Verkehr.

Unsere Gegner sind seit langer Zeit an der Arbeit und sie hegen große Hoffnungen für die diesjährige Wahl. Genossen, nehmst auch Ihr an den Wahlvorbereitungen lebhaften Anteil und helfst, die Hoffnungen unserer herrschsüchtigen Gegner vereiteln!

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 17. November.

In den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen schreibt die Leipziger Lehrerzeitung:

Die allgemeine Versammlung Leipziger Lehrer vom 16. September 1898 beschloß, an Stelle des Herrn Direktor Albert, der leider ein Mandat für das Stadtverordnetenkollegium nicht wieder einzunehmen zu können erklärte, Herrn Dr. Lehmann, F. f. M., als Kandidaten der Volksschullehrer den beiden Wahlkomitees der Ordnungsparteien vorzuschlagen. Beide Komitees erkannten den Wunsch der Volksschullehrer auf Vertretung derselben im Stadtverordnetenkollegium durch einen Lehrer als berechtigt an und stellten genannten Herrn in einem den Ordnungsparteien sicheren Wahlbezirk der 3. Wählervorlage, der der Kandidat angehört, auf. Doch das „Vereinigungsversfahren“ zeitigte das schwer unglaubliche Resultat, daß unter Kandidat von beiden Wahlkomitees in der 3. Klasse fallen gelassen und an seine Stelle ein dritter Vertreter der höheren Schulen, der, nebenbei gesagt, der 2. Wählervorlage angehört, als Kandidat für Herrn Dr. Lehmann aufgestellt wurde.

Swar hat sich das eine Komitee auf dringende Vorstellungen hin veranlaßt gefehlen, unseren Kandidaten nunmehr auf die Kandidatenliste der 2. Klasse an die Stelle des ausscheidenden Herrn Dr. Albert zu setzen, doch ist mit Sicherheit anzunehmen, daß wir Volksschullehrer eine Vertretung durch einen Lehrer im Stadtverordnetenkollegium an Stelle des Herrn Direktor Albert nicht erlangen werden, da das andere Komitee sich nicht zu dem gleichen Schritte versteht will, trocken es auf seine Fahne geschrieben hat: sämtlichen Interessengruppen eine Vertretung im Stadtverordnetenkollegium gewähren zu wollen.

Was soll nun angehts dieser Behandlung der ca. 1000 Volksschullehrer, die Bürger der Stadt Leipzig sind und fast sämtlich der 3. Wählervorlage angehören, geschehen?

Wenn wir auch zunächst die Auflistung einer Sonderliste in dem betreffenden Bezirk nicht befürworten können, da die Folge hierauf wahrscheinlich der Sieg der sozialdemokratischen Liste sein würde, so können wir doch konsequenterweise auch niemandem zumutbar, dem Komitee sein Vertrauen auszubürgern durch die Wahl der aufgestellten Kandidaten. Für die Zukunft aber würde wohl die Gründung eines Vereins von Wählern der 3. Klasse ins Auge zu fassen sein.

Achtung, Formers! Die Verhandlungen mit der Firma Friederking sind noch nicht abgeschlossen. Die Sperrre bleibt vorbestehen. Morgen, Freitag abend 9 Uhr, findet im Coburger Hof eine öffentliche Versammlung statt, die sich mit dieser Angelegenheit zu befassen hat.

Für die ärztliche Untersuchung der Schulkinder ist nun mehr die Instruktion fertiggestellt worden. Die Hauptthätigkeit der Schularzte fällt in den Monat Oktober jeden Jahres, wo jedesmal die Untersuchung der Schüler der acht Klassen vorzunehmen ist. Für dies Jahr fällt die Untersuchung in den Monat Dezember. Es werden daher in diesen Tagen den Eltern solcher Kinder, die vorige Ostern in die 8. Klasse aufgenommen wurden, von der Schule über die bevorstehende Untersuchung Mitteilung erhalten, da es den Eltern nachgelassen ist, ihre Kinder auch von einem anderen approbierten Arzte aufsuchen zu lassen. Eine solche private Untersuchung muss aber bis zu dem Termine, an dem die Untersuchung in der Schule vorgenommen wird, bereits erfolgt und das Ergebnis unter Benutzung des Formulars, das für den Schularzt vorgeschrieben ist, dem Direktor der betreffenden Schule zugegangen sein. Formulare für die Privatuntersuchungen sind bei den Schulbeamten, sowie in der Schulexpedition unentgeltlich zu entnehmen. — In dem von dem untersuchenden Arzte auszufüllenden Formular sind folgende Fragen zu beantworten: 1. allgemeine körperliche Beschaffenheit? 2. allgemein geistige Beschaffenheit? 3. Schwerhörigkeit? 4. Hörschwäche? 5. Blähne? 6. Mundhöhle, Nasenhöhle und Sprache? 7. Hautkrankheiten und Parasiten? 8. Brustorgane und sonstiges? 9. Ursächliche Verhältnisse. 10. Ist ärztliche Behandlung erforderlich und warum? — Die von sozialdemokratischer Seite im Stadtverordnetenkollegium angeregte Frage, ob die Schulkinder gewerblich beschäftigt werden, hat also in dem Formular keine Berücksichtigung gefunden.

Für ein Volksbrausebad im Süden der Stadt unweit dem Kreuz in Connewitz werden jetzt im städtischen Bauamt die Vorbereitungen getroffen.

Die Jagdsaison sieht jetzt in voller Blüte. Gegenwärtig kann alles jagdbare Haar- und Federwild abgeschossen werden.

Bon Halbs Wetter-Prognosen ist jetzt im Verlag von Hugo Steinrich, Berlin SW. 12, der erste Teil für das nächste Jahr erschienen. Danach haben wir für Januar bis Juni eine recht hässliche, im Winter ziemlich milde, im Frühling kalte Witterung zu erwarten. Freilich hatte Halb auch für den letzten Sommer schlechtes Wetter prophezeit und mit Ausnahme des Juli war Sommer und Herbst ganz angenehm. Zumindest bleibt das Büchlein interessant, besonders der Artikel über die täglichen und halbjährlichen Prognosen.

Ein schwerer Unglücksfall im Straßenbahnbetriebe. Am Ende der Schenkenstraße und Eisenstraße wurde am Dienstag nachmittag der Ratsarbeiter Franke, wohnhaft in der Rosenthalstraße zu Borsigwald, beim Straßenkreuz von einem Motorwagen erfaßt und zur Seite geschleudert. Er wurde bestimmtlos ins Krankenhaus gebracht, wo außer schweren inneren Verletzungen ein Schädelbruch festgestellt wurde.

Bei der Arbeit verunglückt. Am Neubau eines größeren Gebäudes in L.-Lindenau fiel einem dabei beschäftigten Maurer aus Großschochener ein Balken so unglücklich auf den rechten Fuß, daß der Mann mittels Krankenwagens nach seiner Behandlung befördert werden mußte. — Auf einem Neubau in einer Fabrik in der Rosenthalstraße zu L.-Plagwitz brach am Montag durch Herafspringen von Brettern ein Voglerstein, auf dem zwei Männer standen, zusammen. Einer der Herabgestürzten erlitt einen Schädelbruch, der andere kam unverletzt davon. — In der Fleischergasse kam beim Kohlenabladen ein 26-jähriger Handarbeiter so unglücklich zu Falle, daß er sich die linke Hand erheblich verletzte, und nach Anlegung eines Notverbandes in das städtische Krankenhaus überführt werden mußte. — Wegen schwerer Blutvergiftung, entstanden aus einer an der Maschine erhaltenen Verletzung der rechten Hand, musste ein 28-jähriger Maschinenarbeiter aus L.-Gohlis mittels Krankenwagens in das städtische Krankenhaus transportiert werden.

Einen Selbstmordversuch mittels Salzsäure hat ein Unbekannter verübt, der am Montag, nachts in der zwölften Stunde, auf einer Bank am Schwanenteich aufgefunden wurde. Nur mit Hilfe mehrerer anderer Personen gelang es einem Schuhmann, den Selbstmordkandidaten, der seiner Fortschaffung den heftigsten Widerstand entgegensezte, nach der Polizeiwache zu bringen. Mittels Krankenwagens beförderte man ihn von hier aus nach dem Krankenhaus St. Jacob. Der anscheinend schwer Verletzte ist ca. 25 Jahre alt, von großer, kräftiger Gestalt und barfuß. Er gehört wahrscheinlich dem Arbeiterstande an.

Baleotmärkte haben sich in den letzten Tagen recht unangenehm bemerkbar gemacht. So sind allein am Sonntag und Montag sechs Stück Überzieher aus Restaurantslokalen gestohlen worden. Vor den Spießbuben sei hierdurch gewarnt.

Diebstahl. Aus einer Wohnung der Grassistraße sind am Sonnabend zwei goldene Uhren nebst goldenen Ketten gestohlen worden. Der Dieb wurde in der Person eines wegen Eigentumsvergehens schon vorbestraften, 28 Jahre alten Tischlers ermittelt und verhaftet. Die Diebstahlobjekte waren im Keller verstaut. Der Tischler hatte eine Rechnung lassiert und ein kurzes Alleinsein in der Wohnung benutzt, um den Diebstahl auszuführen.

Bermits wird seit 12. November der am 14. Juni 1889 zu Dessau geborene Schulknaue Ernst Albert Krohne, Neustadt, Ludwigstraße 12 wohnhaft. Der Knabe ist am erwähnten Tage aus durch vor einer zu erwartenden Strafe aus der Schule fortgelaufen und seitdem verschollen. Derjelbe ist von mittlerer untersetzter Gestalt, hat hellblondes Haar, volles Gesicht, rundes Kinn, blaue Augen. Es wird nicht für ausgeschlossen gehalten, daß sich der Knabe ein Leid angethan hat.

Markranstädt. Gestern haben hier sehr viel Kaninchen ihr Leben lassen müssen, und zwar der Not, nicht aber dem eigenen Triebe der Besitzer gehorcht. Die Reichsgewerbeordnung bezeichnet verschiedene Gewerbe, denen der Verkauf auch an Sonn- und Festtagen in bestimmter Grenze gestattet werden kann. Unter diese Ausnahmen fallen die Bäcker, Fleischer, Krämer etc. und wird hierorts von diesen Bestimmungen auch Gebrauch gemacht. Anders am Bußtag. Während die Krämer ihre gewöhnlichen zwei Stunden und die Bäcker den ganzen Tag, mit Ausnahme der Kirchzeit, ihre Läden öffnen durften, wurde es den Fleischern bereits am frühen Morgen verboten, ihre Läden überhaupt zu öffnen. Da dies bis jetzt noch nie der Fall gewesen war, so hatten viele Einwohner gestern zu Mittag kein Fleisch zu essen und dasselbe gilt vom Abend bezüglich der Wurst. Hoffentlich lassen sich die betroffenen Fleischermeister die Mühe einer Beschwerde nicht verdrücken. Denn so gut wie die Krämer ihre Fleisch- und Wurstwaren verkaufen können, sind die Fleischer wohl auch dazu berechtigt.

Gemeinde-Zeitung.

Engelsdorf. (Gemeinderatsitzung vom 14. November.) Zur Verhandlung stehen die Gemeinderatswahlen. Ein Gesuch des Gemeindlichen Vereins, die Wahlen Sonntags statthalten zu lassen, wird abgelehnt. Die Wahlen finden Montag den 12. Dezember von 6—10 Uhr abends statt, in welcher Zeit auch jedem Wähler die Ausübung seines Wahlrechts ermöglicht sei. Auszuschließen aus dem Gemeinderat haben von den Gutsbesitzern die Herren Berg, Fr. Sommerweiss und N. Sommerweiss; von den Unansässigen Herr Bär. Für die Gutsbesitzer sind zwei Erwähnungen mit zu wählen. Gegen ein Schankkonkurrenzgesuch bez. Übertragung seitens des Restaurateurs Stadelmann an Herrn Raumann ist nichts einzuwenden. — Aus der gemeinschaftlichen Sitzung der Gemeinderäte von Sommerfeld und Engelsdorf am 15. November betr. den Entwurf zu einem Statut für die Pensionierung der Hebamme ist zu berichten, daß die Hebamme zum Unterstützungsfoonds mit heranzuziehen ist. Die Gemeinden sind für den Unterstützungsfoonds nach dem Gesetz vom 8. März 1888 verbindlich. Die Pensionierung der Hebamme geschieht nach dem Gesetz vom 20. März 1894.

Aus der Partei.

Neben die Behandlung polnischer Arbeiter auf den Gütern des Oberpräsidenten von Posen, v. Wisłomowith-Wöllendorff, hatte die in Berlin in polnischer Sprache erscheinende Gazeta Robotnika im Juli eine Beschwerde gebracht, wonach die Arbeiter, die auf den Gütern des Herrn v. Wisłomowith ausführliche während des Sommers Beschäftigung fänden, über die Wahlen schlecht behandelt und befoldet würden. Der Oberpräsident stellte dieses Artikels wegen Strafantrag wegen Beleidigung. Bei der Verhandlung vor dem Berliner Landgericht I am Dienstag unterstützte ein Teil der Zeugen die Angaben des Artikels, der größere Teil sprach sich zu Gunsten des Klägers aus. Der Gerichtshof billigte dem Nebenkläger Ignaz Kazmarek den Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zu und erkannte an, daß in einzelnen Punkten, besonders in betreff der Meinlichkeit, die Behandlung der Arbeiter zu wünschen übrig gelassen habe. Dies habe aber in dem Mangel an Meinlichkeiten, in der Arbeiter selbst gelegen. Alle übrigen Behauptungen seien unwahr und so schwer beledigend, daß dafür eine Gefängnisstrafe von vier Monaten erkannt werden sei.

München, 15. November. Heute feierte hier der Genossen Buchdrucker Alois Kiefer sein 50jähriges Berufsjubiläum. Er diente der Partei wie der Gewerkschaft mit Eifer, Umsicht und Energie. Ihm war es vorzugsweise zu danken, daß sich die Münchener Buchdrucker in ihrem Waisenweile frei machen von der Abhängigkeit der Unternehmer. Er war Nebenleiter und Herausgeber des ersten Münchener Arbeiterblattes. Der Zeitgeist als Gründer der Genossenschaftsbuchdruckerei wanderte Kiefer mit den Genossen Ernst und Bösmüller auf 4½ Monate ins Gefängnis. So wechselten im Laufe Kiefers Arbeit, politische und gewerkschaftliche Tätigkeit, Freiheit und Gefängnis, leidliches Auskommen und bittere Not bis das Sozialistengesetz dem Zeitgeist und der damaligen M. Ernst'schen Buchdruckerei ein Ende machen. zunächst ging Kiefer wie viele seiner Genossen auf längere Monate ins Gefängnis, hernach lebte er wieder als fleißiger Schriftsteller unverdrossen, fröhlich und wohlgemut, immer seine beste Freude der Arbeitersache leihend. Und heute wirkt er, lächerlich und geistig, frisch und ungebrochen, als Korrektor in der Ernst'schen Ossigia, verehrt von seinen Kollegen und geachtet von allen, die ihn und sein Wirken kennen, eine im guten Sinne des Wortes volkstümliche Figur in der Münchener Arbeiterbewegung. Auch außerhalb Münchens ist Kiefer bekannt geworden. Anfang der 80er Jahre veröffentlichte er seine Broschüre: Zweihunderttausend Bagabunden. Er nahm auch an dem zu Pfingsten 1887 hier abgehaltenen Kongress der Tarijgemeinschaftsgegner als Delegierter teil.

Vereine und Versammlungen.

Metallarbeiterversammlung. Am bis auf den letzten Platz gefüllten Saale des Coburger Hofs hielt am Sonntag nachmittag 3 Uhr Herr Patentanwalt Ed. Breslauer einen Vortrag über Patente und Gebrauchsmuster. Der gute Vortrag trocknet einer am Abend vorher abgehaltenen Festlichkeit bewies, daß unter den Metallarbeitern reges Interesse für belehrende Vorträge vorhanden ist. Der Vortrag selbst war es wert, vor einer zahlreichen und aufmerksamen Zuhörerschaft gehalten zu werden. Herr Breslauer besitzt in hohem Maße die seltene Gabe, seine Ausführungen dem Verständnis der Arbeiter anzupassen. Der Wissensdurst unserer Kollegen wurde durch ihn in ausgezeichnete Weise befriedigt. In der Diskussion wurden durch Siegen verdeckt, Blumenstein, Hofmann, Jakobson etc. Fragen verschiedener Art gestellt, die alle ebenso liebenswürdig wie eingehend vom Herrn Referenten beantwortet wurden. Schramm dankte im Namen der Versammlung für den Vortrag, wegen dessen von einer Diskussion der Existenzfragen abgesehen wurde. Er forderte die Kollegen auf, alle am 10. Dezember nach dem Felsenleiter zu kommen, wo Herr Dr. Archenhold, Director der Berlin-Treptower Sternwarte, einen Vortrag über die Bewohnbarkeit der Welten halten wird.

Die Modeltschüler hielten am Sonnabend den 12. b. M. eine öffentliche Versammlung im Coburger Hof ab, wo Kollege Krüger den Rechenschaftsbericht über den verflossenen Streik bekannt gab. Zur Revision der Kasse wurden von der Versammlung zwei Revisoren gewählt. Werner ist die Gründung einer Sektion beschlossen worden. Außerdem wurden verschiedene Missstände geregelt.

Eine öffentliche Parteiversammlung für den Nordbezirk fand am Montag den 14. November im Restaurant Mönchhof zu Görlitz statt. Der Vertrauensmann Gen. Röhl erstattete Bericht über seine Tätigkeit im vergangenen Jahr. Dem Kassenbericht, den er erstattete, ist zu entnehmen, daß er mit einem Kassenbestand von 142.58 M. vom vorhergehenden Jahr 8272.30 M. vereinbart hat, welchem Betrage eine Ausgabe von 3145.85 M. gegenüberstand. Es verbleibt somit ein Kassenbestand von 126.95 M. Nach Bericht der Revisoren wurde dem Genossen Röhl durch Erheben von den Sigen Decharge erteilt. Für seine Tätigkeit wurden ihm 50 M. Entschädigung gewährt. Beim Punkt Neuwahl wurde Gen. Müller-Göhlis als dessen Stellvertreter gewählt. Als Revisoren wurden für das laufende Jahr die Genossen E. Reinhardt und Ehardt bestimmt. Mit dem Appell, bei den Gemeinderatswahlen und Stadtverordnetenwahlen eine rege Agitation zu entfalten, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Eine öffentliche Versammlung der Maschulisten und Gelzer sowie Brotsgenossen beschäftigte sich im Restaurant Spieg am 18. November nachmittags 8 Uhr mit der Tagesordnung: 1. Die Gefahren des Konkurrenzrechtes; 2. Diskussion; 3. Gewerkschaftliches. Zum ersten Punkt hatte Genosse Schulz das Referat übernommen. Er zeigte, wie ein einheitliches Zusammenwirken zwischen Kapitalismus und dem arbeitenden Volke nicht stattfinden könnte, da das Kapital danach strebt, die geringen Rechte des Volkes zu vernichten. Der Referent betonte ferner, daß es Pflicht eines jeden einzelnen

set, danach zu streben, die gewerkschaftliche sowie die politische Organisation in jeder Art und Weise zu stärken. Der Redner erinnerte für seinen 1½-stündigen Vortrag reichen Beifall. Es knüpfte sich daran eine lebhafte Debatte, aus der folgende Resolution hervorging: „Die Versammlung protestiert ganz energisch gegen jede geplante Verschlechterung des Koalitionsrechtes. Die Versammlung erkennt an, daß die traurige Lage der Arbeiter nur durch eine gute Organisation, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht, verbessert werden kann. Die Versammlung verspricht, auch ferner agitatorisch zu wirken, bis ein jeder Arbeiter seiner Gewerkschaft beigetreten ist.“ Auch gedachte man des alten Vorläufers für Freiheit und Recht, Robert Blums, zur Wiederkehr seines 50-jährigen Todestages. Zum dritten Punkt erstaute der Delegierte vom Gewerkschaftskartell Bericht. Es wurden die neueren Verhandlungen mit dem Arbeiterverein bekannt gegeben. Dem letzteren sollen 500 M. vom Gewerkschaftskartell übergeben werden zur Gründung einer öffentlichen Bibliothek und eines Lesezimmers für die Gewerkschaften. Es ging ein Antrag ein, wonach sich die Versammlung dafür erklärt, daß die Ausgabe eine dauernde sein soll. Dem wurde einstimmig zugestimmt. Mit der Herausgabe eines Flugblattes, das für ganz Deutschland bestimmt sein soll, wurde das Agitationskomitee beauftragt. Der Arbeitsnachweis wurde dem Kollegen Hörtel übertragen.

Gegen die Konsumvereine! lautete die Parole einer Versammlung, die für Dienstag abend von zwei Seiten, nämlich der Vereinigung gegen Konsumvereine und dem Schutzbund für Handel und Gewerbe nach dem Saale des Elbendorfer (Pfaffendorfer Str.) einberufen worden war. Wie stark das Interesse in den Kreisen der Kleingewerbetreibenden, Handwerker und Kaufleute für ihre eigenen Angelegenheiten sein muß, geht wohl daraus hervor, daß in der für 8½ Uhr anberaumten Versammlung um 9 Uhr nur kaum 50 Leute erschienen waren. Als sich deren Zahl eine Viertelstunde später gleich auf einige 70 erhöht hatte, ergriff Herr B. Witzmann das Wort, um sich über den ersten Punkt der Tagesordnung, die Ablehnung der Umsatzsteuer im Städterverordnetenkollegium, zu verbreiten. Nach der Mitteilung, daß ein am 3. und 4. Oktober hier abgeholter Kongress der Schuhverbände für Handel und Gewerbe einen baldigen festen Zusammenschluß der diesbezüglichen verbürgte, beschäftigte sich der Redner zunächst mit den angeblichen belben Händlern des Mittelstandes, von denen das Großkapital noch größer und gefährlicher sei als die Sozialdemokratie. Dem während diese sich wenigstens der Ehrlichkeit beschäftigte, bestießen die Vertreter des Großkapitals immer nur bei den Wahlen, und zwar unter Anrufung des Nationalgeschäfts, sich als Freunde und Retter aufzuspielen. Wie ein Herr Schill im Landtag so hielt ein Bankier Meyer im Städterverordnetenkollegium dieselben Reden wie die Sozialdemokratie. Bezeichnend sei es, daß die bekannte Petition schon in den Ausschüssen abgelehnt worden sei. Bei der Abstimmung aber hätten verschiedene Herren, und darunter verschiedene Obermeister, auch nur gestellt, weil sie eben Feinde des Mittelstandes seien. Des weiteren beschäftigte sich Herr Witzmann eingehend mit der Person unseres Genossen Fells, nicht ohne hier und da die Grenze des politischen Anstandes bedenklich zu überschreiten. Wo er sich aber bemüht sahlich zu sein, war die Polemik des Redners eine höchst ungünstige, so wenn er Fells sozialistische Nachweise bemängelte und doch im selben Atemzuge das, woraus es vor allem ansam, als richtig anerkannte. Wenn Herr Witzmann aber den Hinweis Fells auf Herrn v. Schulze-Delitzsch nicht verstehen kann, wenn er die Konsumvereine als anständige Konkurrenz nicht gelten lassen will, weil es großkapitalistische Unternehmungen seien, so sind das Dinge, über die es fruchtlos wäre, mit ihm zu streiten. Als Beweis für die stark persönliche Färbung seiner Ausführungen kann wohl auch sein, daß darüber gestritten, daß unsere Genossen im Städterverordnetenkollegium viel zu sehr mit Glas- und Handelsbüchern angefaßt würden. Aber auch gegen andere Mitglieder des Kollegiums glaubte sich der Redner wenden zu müssen, so gegen den Vertreter der Handlungsgesellschaften, Herrn Bernhard, so gegen Herrn Joachim, der vielleicht an Pleißen für den Konsumverein diente. Dagegen fanden Herrn Witzmanns Anerkennung die Herren Rüssel und Geest wegen des Antrags eines Steuerregulativs zum Schutz der kleinen Handelsbetriebe. Ebenso wie gegen die Konsumvereine wandte sich der Redner natürlich auch gegen die Warenhäuser, denen anzugehören Lehrern wie Beamten einfach von oben herab verboten werden sollte. Bei der Behandlung des zweiten Punktes der Tagesordnung: Unsere Stellung zu den Städterverordnetenwahlen, bewegte sich Herr Witzmann in ähnlichen Gedankengängen wie im ersten Teile seines Vortrages. Nachdem bereits in der Diskussion ein Herr Nother bemerkte, daß die Herren um Fasse ihres Zeit bloß etwas vorgelegen, spann Herr Witzmann diesen selben Faden weiter. Die Frage, ob man mit dem allgemeinen Bürgerwahlkomitee gehen solle oder nicht, ließ er zunächst offen, betonte aber, daß man die Hausorganizer als Verbündete anzusehen habe, weil sie bezüglich der Besteuerung der Warenhäuser und Konsumvereine ganz denselben Meinung seien. Jedenfalls sollte man, nachdem man den Bürger einmal nach dem Gelände eingetragen habe, die dritte Klasse sich selber überlassen. An der dem Vortrag folgenden Diskussion beteiligten sich die Herren Thiele, Rüssel und Reinhardt. Während der erstere meinte, daß der Rat nicht seine Pflicht gethan habe, als es zu untersuchen galt, ob die Detaillisten geschädigt worden seien, sprach sich Herr Rüssel für das vereinigte Bürgerwahlkomitee aus. Herr Reinhardt endlich wünschte, daß eine Umsatzbesteuerung nicht erst bei 500.000, sondern bereits bei 200.000 M. und weniger eintrete. Ferner befürwortete Herr Reinhardt die Versendung von 3 bis 5000 Fragebögen an sämtliche Kleingewerbetreibende. Nachdem dieser Vorschlag allgemein akzeptiert worden war, gelangte eine Resolution zur Annahme, die aus Gründen des Allgemeininteresses (sic!) einen gerechten Ausgleich, das heißt eine Umsatzsteuer in Verbindung mit einer progressiven Ertragssteuer bei Pflicht der Deklaration fordert. In Bezug auf die Person des Herrn Witzmann sei endlich noch bemerkt, daß er aus Rücksicht auf seine Familie eine Kandidatur nicht annehmen könne.

Gerichtssaal.

Schwurgericht.

Leipzig, 17. November.

Der Raub im Leipziger Holze. Wegen Beraubung des Handelsmannes Friedrich Delsner aus Taucha bei Weissenfels im Leipziger Holze und Körperverletzung hatten sich zu verantworten der 20 Jahre alte Haussiedler Karl Gustav Krause aus Börschen bei Merseburg, der 28 Jahre alte Fleischer und Handarbeiter Ernst Kühn aus Gohlis und wegen Habschreiber der 25 Jahre ehemalige Schuhmacher und der jetzige Comptoirist Felix Kurt Krebel aus Waldig bei Dörrnberg. Krause ist unbestritten, Kühn ist wegen Diebstahl wiederholt bestraft worden und hat schon sieben Jahre im Zuchthaus geweilt. Auch Krebel hat ziemlich 5½ Jahre lang das Zuchthaus bewohnt. Krause war 5 bis 6 Wochen arbeitslos und trank und verkehrte in der Wolframschen Kaffeehaus in der Fleischergasse. Hier lernte er Kühn unter dem Spitznamen Ernst und Krebel als Kurt kennen. Er erhielt den Spitznamen Gustav. Beide weihen Krause in die Geheimnisse der Neppel und des Habschreiberwesens ein und führten ihn die Prostituierte Michaelis zu, die unter dem Namen Elly bekannt war.

Diese Erziehung machte bei Krause große Fortschritte und verschaffte er sich selbst als Uhrenmutter und Habschreiber. Am 31. Juli d. J. abends in der ersten Stunde traf Krause vor der Wolframschen Kaffeehaus zwei Handelsleute, die gern Pro-

sitierte besuchten wollten. Krause führte sie nach der Ulrichsgasse und von dort nach dem Café Bauer. Hier verweilten sie nicht lange und brachte K. sie wieder nach der Wolframschen Kaffeehaus. Dort fand K. seine Freunde nicht. Nun führte er seine Begleiter nach der Reichspost. Hier sahen Kühn, Krebel und die Michaelis, K. setzte sich aber mit den Handelsleuten an einen anderen Tisch, wohin er auch die M. holte. Die M. wurde mit einem der Händler einig und machten beide eine Droschkenfahrt. Während dessen ging Krause mit dem anderen Händler nach Café Bauer. Kühn und Krebel folgten und setzten sich im Café Bauer an einen Tisch. Bald darauf gesellten sich auch die M. und der zweite Händler hinzu. Die drei lebhaften Angestalten kamen nun überein, die Händler betrunknen zu machen, sie nach dem Johannapark zu führen, sie auf einer Bank einschließen zu lassen und sie dann zu stecken. Kurz nach 1½ Uhr früh gingen alle zusammen aus Café Bauer weg. Ihr Plan mißlang infolge, als die Händler sich im Johannapark nicht sahen. Unter dem Vorzeichen, im Schlittenhof warme Milch zu trinken, führten sie die Händler an den Schrebergäerten der Westvorstadt vorbei auf den Weg nach Deutsch-Selbstverständlichkeit war der Schlittenhof noch geschlossen. Während die Michaelis und Krebel abgingen, setzten Krause, Kühn und die Händler ihre Morgenpromenade fort. Auf der zweiten Brücke des Leipziger Weges blieb der Handelsmann Delsner stehen und warf mit einem Stein nach einem Frosch, unterdessen drückte sich der andere Handelsmann seitwärts in die Birsche. Kühn machte Delsner auf einen zweiten Frosch aufmerksam. Während D. sich einen Stein holte, verabredeten Krause und Kühn, wie sie D. verarbeiten wollten. Als D. den zweiten Stein warf, umfaßte Kühn ihn von hinten und hob ihn aus. Krause entwendete unterdes D. das Portemonnaie und gab Fersengeld. D. rannte ihm nach und holte ihn etwa 200 Schritte weiter am sogenannten verschlossenen Holze wieder ein. Krause gab aber Kühn, der nachgekämpft war, das Portemonnaie und nun suchte D. dem Kühn das Portemonnaie zu entreißen. Während des Handgemenges nahm Krause das Portemonnaie von Kühn und flüchtete. Kühn zog sein Messer und verfeigte D. einen Stich über dem linken Auge. D. brach bewußtlos zusammen und nun ergab Kühn die Flucht.

Die Räuber hatten bei D. eine große Summe Geldes vermutet. Krause fand aber nach seinen Angaben nur etwas über 23 M. im Portemonnaie. Das Portemonnaie warf er weg. Krebel besuchte ihn in seiner Wohnung und erhielt 9 M. von Krause als seinen Anteil. Kühn erhielt nichts, da die verabredete Zusammenkunft in der Wolframschen Kaffeehaus, bei der Mutter, wie sie es nannten, durch die Verhaftung unmöglich gemacht wurde.

Krause und Kühn legten ein offenes Geslandnis ab, nur suchte jeder die Urheberschaft des Raubgedankens von sich abzuwälzen. Krebel bestreit, davon gewußt zu haben, daß das Geld, daß er von Krause als seinen Anteil. Kühn erhielt nichts, da die verabredete Zusammenkunft in der Wolframschen Kaffeehaus, bei der Mutter, wie sie es nannten, durch die Verhaftung unmöglich gemacht wurde.

Die Verhandlung dauert fort.

Schößgericht.

Leipzig, 15. November.

Wegen Bekleidung des Gemeindevorstandes Illing in Mockau hatte sich heute Gen. Mich. Ille als Redakteur der Volkszeitung zu verantworten. In einer Notiz aus Mockau war von dem Herrn Gemeindevorstand gesagt worden, er habe in einer Versammlung des Arbeitervereins als überwachender Beamter die Entfernung der Nichtmitglieder verlangt und trotz aller Proteste auf diesem Verlangen bestanden, so daß dem Vorsitzenden des Vereins, um die Versammlung nicht zu gefährden, nichts weiter übrig geblieben sei, als diesem Verlangen, das sich gesetzlich in keiner Weise rechtmäßig lasse, stattzugeben. Diese Behauptung ist aber insofern nicht wahr, als der geschilderte Vorgang sich nicht in der vom Gemeindevorstand Illing überwachten Versammlung abspielte, sondern in einer vorhergehenden, die von einem anderen Gemeindebeamten, dem Expedienten Krebschmar, überwacht wurde. Der Vorgang wurde irritürlich in die zweite Versammlung, in der auch andere vereinsgesetzliche Maßnahmen besprochen wurden, verlegt. Den Strafantrag hatte die Amtshauptmannschaft als vorgebrachte Behörde des Bekleideten gestellt. Der Verteidiger des Angeklagten, Herr Rechtsanwalt Krause, konnte in der irrigen Aufstellung eine Bekleidung nicht erwidern, da der Gemeindevorstand Illing durch sie in seiner Ehre nicht beeinträchtigt worden sei, es sei vielmehr nur gesagt worden, daß er eine gesetzliche Bestimmung nicht richtig ausgelegt habe, so wie man auch von einem Richter, ohne ihn zu bekleiden, sagen könnte, daß er einen Gesetzesparagraphen falsch angewendet habe. Da in dem Verteidigten an sich eine Bekleidung nicht liege, so könne eine Bekleidung auch nicht darin gefunden werden, daß der Vorgang in Beziehung auf den Herrn Gemeindevorstand nicht wahr sei. Das Gericht war aber anderer Meinung und verurteilte Ille zu 100 M. Geldstrafe und zur Publikation des Urteils. Es pflichtete zwar dem Verteidiger in seinen Deduktionen im allgemeinen bei, nahm aber an, daß in dem Artikel dem Herrn Gemeindevorstand unterstellt sei, er habe die fragliche Anordnung nicht irrtümlich, sondern in dem Bewußtheit getroffen, daß sie mit dem Gesetz nicht im Einklang stehe. Darauf diente der ganze Inhalt des Urteils hin. Gegen das Urteil wird Berufung eingeregt.

Von Nah und Fern.

Eine tote Prostituierte.

Berlin, 17. November. (W. T.-B.) Auf der Kellertreppe des Hauses Schleiermacherstraße 10 wurde gestern früh die unter Aufsicht der Sittenpolizei stehende Emma S. tot aufgefunden. Über die Ursache des Todesfalles ist eine Untersuchung eingeleitet. Die bisherigen Feststellungen haben keinen Anlaß zu der Annahme eines vorbedachten Mordes ergeben. Es ist Körperverletzung mit tödlichem Ausgang, begangen durch den Juwelier des Mädchens, anzunehmen. Sichereres kann nur die Obduktion der Leiche ergeben.

Explosion auf einem Dampfer.

Hamburg, 16. November. An Bord des am 8. d. M. von New York nach Gibraltar abgegangenen deutschen Dampfers Dora erfolgte eine heftige Explosion, wobei drei Mann der Besatzung erheblich verletzt wurden. Das Schiff selbst blieb unbeschädigt.

Eisenbahunfall in Thielens Reich.

Brandenburg, 16. November. Ähnliche Meldung. Gestern morgen 1 Uhr entgleiste der Güterzug 4213 bei der Einfahrt in den Bahnhof Marienwerder; 9 Güterwagen wurden beschädigt, Personen sind nicht verletzt. Wegen Sperrung des Hauptgleises wird der Personenverkehr durch Umsteigen aufrecht erhalten. Mit Ablauf des heutigen Tages wird die Betriebsstörung beendet.

Telegraphische Depeschen.

Wolfs telegraphisches Korrespondenz-Bureau.

Paris, 17. November. Die Blätter melden, Advokat Morard werde dem Kassationshofe neuerdings ein Geheimschiff auf die Zurückberufung Dreyfus' überreichen. Das Geheimschiff damit begründet, daß es unmöglich sei, daß Dreyfus mit seinen Verteidigern verkehre und von den Ereignissen der letzten vier Jahre unterrichtet werde, die er so wenig Kennt, daß er noch immer auf seine Rehabilitierung durch Voiselle hoffe.

Wie Siecle mitteilt, habe Kriegsminister Freycinet festgestellt, daß in der Untersuchung gegen Picquart erhebliche Unregelmäßigkeiten begangen worden seien, die lediglich bezeugen, Picquart möglichst lange in Geheimhaft zu halten.

Es heißt, der „Nationalist“ Lasiés werde Freycinet interviewieren, welche Maßnahmen er anfänglich des Beschlusses des Kassationshofes zum Schutz militärischer Geheimnisse zu ergreifen gedenkt.

Das Antisemitenblatt Libre Parole berichtet, Cabanguac werde an dieser Debatte teilnehmen und schwere Anklage gegen Brisson erheben.

Rom, 17. November. Wie eine Depesche der Tribuna aus Neapel meldet, läuft dort mit Hartnäckigkeit das Gericht um, daß in den letzten Tagen ein französisches Schiff die Küste von Naheita (Stadt in der italienischen Kolonie Ceylona am Roten Meer) angelassen und dort einen französischen Offizier und einige französische Soldaten an Land gesetzt habe. Der italienische Kommandant in Naheita habe sie benachrichtigt, daß das Gebiet ein unter italienischem Schutz stehender Platz sei. Der französische Offizier soll darauf zwar einige Vorbehalt gemacht, sich aber mit seinen Leuten wieder eingeschifft haben. Der Vorfall habe Eindruck herverufen, da man annimmt, er sei eine Folge der Intrigen des Ex-Sultans von Naheita und des russischen Anspruchs, daß das italienische Protektorat über die genannte Küste nicht anzuerkennen sei. Die Tribuna bemerkt zu dieser Meldung, die Gerichte seien auch in Rom in unsicher und unsicher Form aufgetreten, doch hält das Blatt dafür, daß es sich um eine irgende Deutung der Ausgabe des in Naheita geankerten Schiffes handele. Niemand werde bei den gegenwärtigen italienisch-französischen Beziehungen glauben, daß Frankreich Gründe zu einer Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden Ländern hervorruft solle. „Wir erfahren übrigens“, schließt die Tribuna, „daß unsere Regierung, ohne dieser Sache eine übertriebene Bedeutung beizulegen, unsere Interessen und unsere Würde nachdrücklich wahrzunehmen wissen wird.“

London, 17. November. Die Times melden aus Wei-hai-wei von gestern, daß britische Geschwader bleibe nicht bei einander. Es seien noch keine Schritte zur Befestigung des Platzes gethan worden, obwohl die Besitznahme vor sechs Monaten bereits erfolgt sei, und die Flotte habe deshalb dort keinen rechten Rückhalt. Andererseits entfalteten die Russen in Port Arthur die regste Tätigkeit. Die Arbeiten beim Wiederaufbau der Befestigungswerke und bei der Ausstellung der Geschütze würden bei Tag und Nacht gefördert.

Moscouah, 17. November. Eine Meldung der Agentur Stefani lautet: An einem zum Sultan al Naheita gehörigen Punkte an der Küste hatte der französische Kreuzer Scorpion einen französischen Kommissar mit sechs Matrosen und zwei Ascaris gelandet. Der die Garnison von Naheita befehlende italienische Offizier begab sich mit einer halben Compagnie an Ort und Stelle und verlangte Auflösung von dem französischen Kommissar. Dieser antwortete mit der Behauptung, daß dieser Punkt bereits auf französischem Gebiete liege. Er erklärte sich jedoch bereit, mit den Matrosen an Bord des Scorpion zurückzugehen, ließ aber die beiden Ascaris an Land und teilte ihnen einen seiner Civilunterbeamten zu. Der italienische Offizier ließ nur einen Zug an Ort und Stelle zurück in der Erwartung, daß der Vorfall zwischen den beiderseitigen Regierungen, denen sofort Bericht erstattet wurde, zur Erledigung kommen werde.

Auskunst in Rechtsfragen.

G. A., Rechtsanw. Wenn Sie sich an den Stadtbezirksarzt Obermedizinalrat Dr. Siegel. Wenn dieser die Räumung der Wohnung aus gesundheitspolizeilichen Gründen anordnet, sind Sie aller Verpflichtungen für „eine Zeit ledig. Schadenserlaub werden Sie schwerlich erlangen.“

G. B., Oberschreiter. Wenn die Polizei und Staatsanwaltschaft ein Eingreifen ableben sollte, bleibt Ihnen nur Klage beim dortigen Amtsgericht.

G. C. Nur die vaterlosen Kinder einer verstorbenen weiblichen Person haben Anspruch auf Nachzahlung der Hälfte der Beiträge.

G. D. 1. Nein. 2. Als Verein kann er wohl angeschen werden, er untersteht aber nicht dem Vereinsgesetz. 3. Der Ausstretende kann auf seinen Teil Anspruch erheben und eventuell klagen.

G. E. Es kann auf eine Ordnungsstrafe für unentuldigte und ungerechtfertigte Schulversäumnis bis zu 30 Mark erkannt werden.

G. F. 1. In der Berufungsinstanz wird die Sache beim Landgericht Leipzig verhandelt. Sie müssen sich einen Rechtsanwalt annehmen. 2. Nur das hiesige Armenamt.

G. G., Auger. 1. Wer einen stehenden Gewerbebetrieb besitzt, darf selbst oder durch Reisebestellungen auf Waren aussuchen. Es ist dazu eine von der Gewerbebehörde auf die Dauer des Kalenderjahrs auszustellende Legitimationskarte erforderlich. 2. und 3. Auch überlässt diesen nur Bestellungen angenommen werden. 4. Haushalter entsteht, wenn die Waren nach dem Kauf sofort in den Besitz des Käufers übergehen. 5. Die Gebühren für die Legitimationskarte sind unbedeutend. Wenn wir nicht irre, betragen sie 50 Pf.

Briefkasten der Redaktion.

Zwei streitende Kollegen. Wenden Sie sich an die Direktion der Sternwarte, Leipzig, Stephanstraße 3.

A. B. Johann Strauss wurde am 14. März 1804 zu Wien geboren und starb dort auch am 25. September 1849.

Berammlungskalender.

Donnerstag: Verein Vorwärts Leipzig-Süd. Samstagm. zu 10 Uhr. 1. Steuerberichtigung und Aufnahme neuer Mitglieder.

2. Vortrag des Genossen Manfred Wittig über: Eine deutsche Dichterin des 19. Jahrhunderts.

Samstag. Spich, See-wegkreis. Abends 9 Uhr. 1. Vortrag über: Zweite und dritte der Organisation. 2. Annahme der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Bericht vom Kreisdeutschland u. Antrag der Kontrolleure.

Abwehranwesen. 4. Gewerbebericht. Abwehranwesen. 5. Gewerbebericht.

Theatervorstellungen.**Neues Theater.**

Donnerstag den 17. Novbr.: 311. Abonn.-Vorstellung (3. Serie, weiß). **Tannhäuser und Der Sängerkrieg auf der Wartburg.** Große romantische Oper in 3 Akten von Richard Wagner. In Scene gesetzt von Direktor Max Staegemann. Direktion: Kapellmeister Baugher.

Herrmann, Landgraf von Thüringen Dr. Ulrich
Tannhäuser Dr. Moers
Wolfram von Eschenbach Dr. Schly
Walther von der Vogelweide Ritter und Sänger. Dr. Jung
Bliedolf Dr. Greber
Heinrich der Schreiber Dr. Marion
Reimer von Zweier Dr. Neibel
Elisabeth, Mätte des Landgrafen * * *
Benedus Dr. Eibensköhl
Ein junger Hirt Dr. Alten
Aler Pagen des Landgrafen, Thüringische Ritter, Grafen und Edelsfrauen. Edelsnaben. Klestere und jüngere Pilger. Sirenen. Rajabien. Bacchantinnen.

Ort der Handlung: Thüringen. Wartburg. — Zeit: Im Anfang des 18. Jahrhunderts.

* * * Elisabeth — Fr. Brodmann vom Königl. Theater in Wiesbaden, als Gast.

Die Chöre werden unter gefälliger Mitwirkung von Mitgliedern des Gesangvereins Sängerkreis ausgeführt.

Nach jedem Akt findet eine längere Pause statt.

Einfahrt 6 Uhr. Anfang 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr. Opern-Preise.

Vorlese-Vorlesan an der Lages-Kasse von 10 (Sonn- u. Feiertag von 10 1/2), bis 8 Uhr. Vorverkauf für den nächsten Tag (mit Aufgeld von 20 Pf.) von 1—3 Uhr.

Spielplan: Freitag: Des Teufels Anteil. Heraus: Götter. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: Zum erstenmal: Das Erbe. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Donnerstag den 15. November:

Großmama.

Ein Junggesellenschwanz in 4 Akten von Max Dreher.

Regie: Ober-Bleßfeuer Adler.

Nach dem 2. Akt findet eine längere Pause statt. Einfahrt 1/2 Uhr. Anfang 1/2 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Gew.-Preise.

Vorlese-Vorlesan an der Lages-Kasse von 1/2 (Sonn- u. Feiertag von 11 1/2) bis 3 Uhr. Vorverkauf für den nächsten Tag (mit Aufgeld von 20 Pf.) von 1—3 Uhr.

Spielplan: Freitag: Die goldne Eva. Anfang 1/2 Uhr. —

Sonnabend: Voccacio. Anfang 1/2 Uhr.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Freitag:

Speiseanstalt I (Johannisplatz): Kartoffeln u. Möhren m. Schweinefleisch.

Speiseanstalt II (Mönchsgasse): Grüne Erbsen mit Bölkisch.

Bericht über die Leipziger Produkten-Börse.

Dienstag den 15. November 1898.

(Mitgeteilt von Gebrüder Glass.)

Weizen per 1000 kg netto	indianischer	167—169 bez. Brf.
ruhig		
Roggen per 1000 kg netto	indianischer, hies.	188—185 bez. Brf.
ruhig		
Gerste per 1000 kg netto	indianischer	155—157 bez. Brf.
Hafer per 1000 kg netto	Posener	157—161 bez. Brf.
ruhig		
Mais per 1000 kg netto	ausindischer	162—164 Brf.
Oelsaat per 1000 kg netto	Braunerste briesigo	165—175 bez. Brf.
Rapskuchen p. 100 kg netto	Mahl-u. Futterware	124—138 bez. Brf.
Rübli per 100 kg netto	indianischer alter	144—148 bez. Brf.
frei Haus hier ohne Fass	do. neuer	144—148 bez. Brf.
flau	amerikanischer	117—120 bez. Brf.
	runder	118—127 bez. Brf.
Ausseramtlich.		
Malz per 100 kg netto	loco	12—30
Wicken per 1000 kg netto	loco	160—170
Erbsen per 1000 kg netto	do. grosse	175—200
	do. kleine	180—185
Bohnen per 100 kg netto	Futter	160—170
Kleesaat per 100 kg netto		

Die Mühlen und Mehlhändler von Leipzig und Umgeg. notieren: Weizenmehl Nr. 0025 00—25,50 per 100 kg Nr. 24,50—25,50 per 100 kg Nr. 24,50—25,50 per 100 kg exkl. Sack " I 21,50—22 M. exkl. Sack " II 17,00—18,00 exkl. Sack " II 19—19,50 M. Roggenkleie M. 10,50—11,00 per Weizenschalen 9,00—9,25 M. 100 kg exkl. Sack.

Außerdem wurden notiert nach den Angaben der Leipziger Spritfabrik.

Spiritus (unversteuert) mit 50 M. Verbrauchsabgab. 56,70 M. Geld p. 10000 Liter, ohne Fass 70 M. 87,20 M. Geld Sonnabend, 12. Novbr. 50 M. 57,60 M. Geld 38,10 M. Geld

134. Sachsische Landeslotterie.**5. Klasse.**

Ziehung vom 17. November.

Alle Nummern, neben denen kein Gewinn steht, sind mit 272 Mark gezogen.

(Ohne Gewinn.) (Nachdruck verboten.)

5000 auf Nr. 38628 bei Herrn Emil Trachbrodt in Leipzig.

341 474 887 260 291 9 270 150 (300) 2 101 285 553 651 420 593 508 478 1059 26 603 578 449 472 711 788 (1000) 282 816 975 283 (300) 305 855 800 (300) 67 302 304 514 477 932 804 15 319 730 230 314 (3000) 884 785 860 619 778 865 (300) 634 754 260 703 351 (3000) 598 880 (300) 246 717 (500) 416 412 3362 489 645 217 67 790 (300) 752 251 702 114 551 (300) 305 944 442 566 223 947 938 261 530 343 143 118 112 926 54 392 4591 (300) 46 148 986 (3000) 372 452 (800) 691 581 80 69 408 665 (500) 668 902 538 499 5525 (1000) 994 (300) 944 178 150 3 491 500 32 985 (3000) 416 117 743 92 (500) 244 187 696 (500) 6252 75 690 928 168 155 (500) 968 596 494 680 698 612 555 231 7990 440 (800) 299 902 686 (300) 659 670 426 896 228 919 765 18 163 208 238 105 858 942 399 8977 305 736 898 796 740 484 328 289 848 797 162 481 105 698 681 567 73 884 790 595 (1000) 755 (8000) 9516 674 886 (1000) 194 361 664 (500) 952 988 478 893 852 225 924 470 331 484 806 810 388 961 591 155 10882 789 837 612 (500) 701 (500) 402 (300) 988 (300) 929 39 721 124 6 305 745 813 624 617 546 11611 162 (300) 915 305 443 176 149 923 605 179 (500) 840 193 725 126 84 402 86 684 801 621 470 42 631 157 709 (500) 848 824 12097 842 585 838 679 330 32 571 77 182 943 835 480 1' 230 514 (300) 620 604 84 826 13802 682 579 251 887 788 858 6 248 424 282 814 987 (500) 60 401 825 95 986 14892 549 880 128 807 123 526 489 311 (1000) 288 (300) 55 186 923 288 196 44 827 205 704 559 968

15685 615 274 758 980 (800) 510 715 448 846 808 851 948 565 647 502 446 540 154 148 372 16957 171 494 (800) 487 865 (500) 320 642 553 203 410 (800) 889 898 (500) 2 738 (300) 822 18 (1000) 167 284 17224 290 820 (300) 618 834 656 742 831 785 425 47 631 419 734 225 (300) 524 117 (1000) 344 757 18088 351 47 628 672 726 412 (500) 875 818 516 187 972 379 752 767 312 599 625 211 (300) 19875 44 977 765 801 111 (300) 578 260 915 (300) 66 (300) 742 665 818 611 477 406 572 719 22 (300) 352 117 956 981 20597 91 364 957 82 (800) 689 (1000) 735 209 (1000) 692 898 (300) 52 508 705 700 875 675 100 21879 5 68 598 200 737 722 77 411 949 451 (3000) 804 (500) 706 637 768 822 22054 846 (3000) 768 461 14 264 200 402 584 (500) 523 585 286 810 185 (3000) 35 778 555 275 310 608 992 23600 887 113 502 846 232 934 519 819 379 941 314 545 25 377 788 221 473 527 16 407 173 600 24862 (1000) 900 375 113 218 599 386 27 588 112 818 39 405 420 241 (500) 290 769 651 581 743 (500) 570 25147 487 214 535 228 279 795 669 729 100 846 481 (500) 845 757 (500) 386 647 (500) 838 834 520 580 865 (500) 465 20322 297 746 779 540 407 448 (1000) 778 950 588 823 420 70 206 400 242 940 222 815 416 (300) 999 144 858 020 226 455 92 291 292 27721 (1000) 428 (300) 227 16 (1000) 878 (1000) 836 155 889 673 508 39 288 204 248 504 (500) 791 (300) 717 142 30 115 (300) 780 28732 710 719 (300) 218 325 567 4 685 351 785 424 882 235 (300) 615 105 175 481 508 837 29607 39 731 93 (3000) 625 (500) 789 841 925 488 185 797 262 700 697 343 30199 565 782 36 328 180 470 72 119 (300) 479 (500) 957 687 148 987 (1000) 125 (500) 31370 141 860 306 425 357 (300) 376 128 278 730 887 579 520 12 707 224 308 184 3 32803 702 004 978 228 (3000) 46 185 758 409 271 746 578 79 980 799 829 179 107 502 67 872 878 715 458 374 351 57 (1000) 33117 794 831 801 60 218 419 001 481 350 218 915 960 938 278 727 651 522 (300) 25 (300) 45 647 514 67 488 34754 713 110 452 (300) 307 297 751 888 945 (500) 728 610 794 60 286 232 338 35344 780 964 021 178 968 885 816 (500) 108 831 912 989 801 460 817 958 800 508 366 259 502 442 859 130 975 36525 805 575 958 401 794 187 104 785 228 1 436 (3000) 670 320 13 538 578 187 888 158 (300) 767 375 251 218 (500) 749 37932 5 512 586 672 286 504 416 (300) 262 520 749 560 188 287 515 180 804 38000 196 894 64 538 598 845 200 (300) 599 747 552 628 (5000) 008 (1000) 34 (500) 39000 505 144 858 788 (500) 752 516 (1000) 995 527 (300) 729 589 (8000) 446 723 623 855 15 558 486 652 882 40814 892 707 358 355 724 375 799 575 677 678 44 954 923 800 928 213 694 716 226 602 480 470 729 726 901 861 874 575 716 530 580 600 (500) 876 864 550 020 793 567 204 579 314 360 (3000) 42805 882 501 361 224 482 819 757 428 942 (8000) 90 (300) 994 758 418 806 772 128 43707 202 (300) 844 928 528 (300) 666 348 582 684 761 580 643 554 628 20 179 378 37

2. Beilage zu Nr. 266 der Leipziger Volkszeitung, Donnerstag, 17. November 1898.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Aus dem deutschen Kolonialgebiet.

So muss es kommen. — Von Kiautschou. — Eine Expedition in Ostafrika.

Kiautschou wird für die deutschen Steuerzahler recht teuer. Der neue Etat fordert 8½ Millionen Mark für diese Flottille. Für das laufende Etatsjahr waren 5 Millionen Mark angefordert. Außerdem sind außerordentlich im Jahre 1897/98 über 3 Millionen Mark dort aufgewandt worden. Danach kostet Kiautschou also in drei Jahren schon 17 Millionen Mark, ganz abgesehen von dem Unterhalt der dort stationierten Kriegsschiffe.

Die neue Etatforderung setzt sich nach den Münch. Neuest. Nachr. wie folgt zusammen: Es entfallen von den 8½ Mill. Mark auf das Gouvernement 79500 Mt., die Civilverwaltung 316600 Mt., die Militärverwaltung (Beschaffungsstruppen, Verpflegungsamt, Artillerieverwaltung) 1542100 Mt., auf die gemeinsamen Einrichtungen der Civil- und Militärverwaltung (Gebäudeunterhalt, Seelsorge und Unterricht, Lazaretts- und Krankenpflege u. dergl.) 1286600 Mt., auf Hafenbauwerke einschließlich Landverkehr 1500000 Mt., auf Hochbauten einschließlich Landverkehr 1500000 Mt., auf den Bau von Batterien, Magazinen und Beschaffung von Geschützen und Handwaffen 800000 Mt., auf Seezeichenwesen und Vermessungen 1086400 Mark, für unvorhergesehene Ausgaben 388800 Mt. Mängel der notwendigen Grundlagen für die Aufstellung eines gegliederten Etats sind übrigens die einzelnen Positionen nur pauschalier nachgelesen.

Der Jahresbericht der Besitzergreifung von Kiautschou wurde am Montag durch Enthüllung eines Diederichssteins in Anwesenheit des Prinzen Heinrich in der Kolonie gezeigt.

Um einem „dringenden Bedürfnis“ abzuholzen, wird vom 1. Januar ab alljährlich in Tsingtau eine deutsche Zeitung, Deutschesche Asiatische Warte, amtlicher Anzeiger des Kiautschou-gebietes, erscheinen.

Nach dem Nordwesten des deutschostasiatischen Schutzzgebietes ist im Juni von der Küste eine deutsche Expedition abgegangen, um das Grenzgebiet gegen die dort sijenden Batatas-Menterer zu „sichern“. Auch vom Süden her soll aus der Udschibschiffstation am Tanganjika eine deutsche Expedition in der Richtung nach dem Niunsee vorrücken. Dabei soll auch die endgültige Regelung der Grenzen nördlich vom Tanganjika in Angriff genommen werden, über die in Brüssel und Berlin Differenzen bestehen. Der Kongostaat nimmt einen Landstrich für sich in Anspruch, der nach dem Vertrage von 1884 zum deutschen Schutzzgebiete gehört.

Frankreich.

Die Dreyfus-Sache, ein Schritt vorwärts.

Paris, 15. November. Eine Note der offiziösen Agentur Havas meldet: Der Kassationshof, der seine Entscheidung dahin getroffen hatte, dass bis jetzt die Strafe, die Dreyfus verfügt, seiner Aenderung zu unterziehen sei, hat soeben den Minister für die Kolonien davon in Kenntnis gesetzt, dass er eine gerichtliche Verfügung erlassen habe, die besagt, dass der Kassationshof beschlossen hat, dass Dreyfus auf schnellem Wege von der Revision seines Prozesses benachrichtigt und aufgesordnet werde, seine Verteidigungsmittel vorzubringen. Der Minister für die Kolonien, Guillaumin, hat eine Drahtnachricht erhalten, die die Mitteilung enthält, dass Dreyfus bei guter Gesundheit sei. Die Fragen, die Dreyfus seitens des Kassationshofes vorgelegt werden sollen, werden ihm auf dem gewöhnlichen Wege zugehen, ebenso wie die diese Fragen betreffenden Schriftstücke.

Da das regelmäßige Postschiff nach der Teufelsinsel nur am 9. jeden Monats abgeht, wird wahrscheinlich ein Specialschiff im Laufe des morgenden Tages dahin abgehen. Die Regierung ordnete an, Dreyfus von allem zu unterrichten.

Dem Vernehmen nach wird der Kassationshof erst am nächsten Montag wieder zusammentreten und dann die Generale Gonse und Roger vernehmen.

Drouet und Cavaignac ersuchten den Ministerpräsidenten Dupuy, den Beschluss des Kassationshofes nicht auszuführen. Dupuy verweigerte dies entschieden. Es heißt, das Telegramm an den Gouverneur von Guyana sei bereits abgegangen.

Der Kassationshof soll, dem Courrier du soir zufolge, beschlossen haben, die Auslieferung des geheimen Dossiers zu verlangen.

Dem Temps zufolge gewann der Kassationshof die Überzeugung von der Identität der Schrift und des Papiers des Borderaus mit dem jüngst beschlagnahmten, auf Papier geschriebenen Briefe Esterhazys, und ordnete, um etwaige Zweifel zu beseitigen, eine Untersuchung durch Sachverständige an.

Der Schriftsteller de Pressens wurde infolge seines Ein-

tretnens für Dreyfus und Picquart aus der Liste der Ehrenlegion gestrichen.

Im Senat brachte Coustant einen Antrag ein, wonach den vor ein Militägericht gestellten Personen das Gesetz vom Jahre 1897 über die kontrabandistische Untersuchung zu gute kommen soll, d. h., dass ihnen ein Rechtsbeistand während der Untersuchung zur Seite gestellt werde. Der Antragsteller gab der Erwartung Ausdruck, dass der Senat es sich zur Ehre rechnen werde, sein Werk zu vollenden; denn es sei wichtig, dass alle Bürger ganz gleiche Garantien vor Gericht genüßen. (Beifall.) Er verlangte die Dringlichkeit für seinen Antrag. Der Justizminister Lebet erklärte sich mit der Dringlichkeit der Verfolgung einverstanden und fügte hinzu, die Regierung sei auch mit dem Prinzip des Gesetzes einverstanden. Die Dringlichkeit wurde sodann beschlossen.

In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer interpellierte Abg. Lassies die Regierung über den Beschluss des Kassationshofes. Der Ministerpräsident Dupuy weigerte sich jedoch, die Interpellation zu beantworten. Die nämliche Interpellation wird daher von demselben Abgeordneten am Donnerstag wieder eingekommen.

Antide Voher (Soz.) brachte einen Antrag ein, gleich demjenigen, den Coustant im Senat eingebracht hat. Der Antragsteller führte aus, er wünsche, dass sein Vorschlag auch auf den Fall Picquart Anwendung finde, der wegen Anschuldigungen verfolgt werde, die seit seiner Entfernung als falsch erkannt worden seien. (Beifall.) Er forderte die Dringlichkeit für seinen Antrag.

Der Kriegsminister Treycinet erwiderte, der Gouverneur von Paris habe im Falle Picquart dem Gesetz gemäß gehandelt;

denn das Gesetz unterlässt den Verleger mit dem Verleidiger. Er, Treycinet, finde diese Gesetzesbestimmung zu scharf und stimme daher auch dem Antrag Voher zu, ohne aber dessen Beweggründen sich zu eignen zu machen. (Beifall.)

Die Dringlichkeit des Antrags Voher wurde beschlossen. Wahrscheinlich werden noch Cavaignac und Drumont die Regierung interpellierte. In Abgeordnetentreffen erläuterten Werthe, wonach man sich auf einen „Sturz des Ministeriums“ gesetzt machen kann.

Dem Bericht nach wird die Untersuchung gegen Picquart heute beendet und das Ergebnis dem General Burlinden übermittelt werden. Dieser dürfte in zwei oder drei Tagen seine Verfügung erlassen. Es ist noch nicht bekannt, ob Picquart bis zum Erlass dieser Verfügung in Gewahrsam gehalten werden wird.

Das Cayenne wird vom 17. November telegraphiert: Dreyfus ist gestern nachmittag 4 Uhr von dem Beschluss des Kassationshofes benachrichtigt worden. Über den Eindruck, den diese Mitteilung auf Dreyfus machte, wird bis jetzt vollständig Schweigen beobachtet.

Die Schriftstücke, die Dreyfus infolge des Beschlusses des Kassationshofes zur Beantwortung zugestellt werden müssen, werden am 26. d. M. mit einem nach Martinique bestimmten Dampfer nach Cayenne abgehen. Von Martinique aus werden sie mittels Specialdampfers in vier Tagen nach Cayenne gebracht werden.

Der Minister der Kolonien ordnete telegraphisch die Freigabe des Briefwechsels zwischen Dreyfus und seiner Familie an. Im Auftrag des Gouverneurs von Cayenne wird Dreyfus fortan als Angeklagter behandelt. Advoat Mornard stellte den formellen Antrag, Dreyfus hierher zu schaffen, worüber der Kassationshof noch diese Woche entscheiden wird.

Italien.

Die Eröffnung der Kammer.

Rom, 16. November. Der König hat heute das Parlament mit einer Thronrede eröffnet.

Darin heißt es: „Das nun zu Ende gehende Jahr erfreute sich an seinem Anfang der Fest der Erinnerung an die Erhebung Italiens und an die Einsetzung der nationalen Institutionen. Es wurde dann verdüstert durch Unruhen, die das Band in Verwirrung brachten und mich tief betrübten. Die Ruhe wurde hergestellt durch den gesunden Sinn der Bevölkerung und die bewunderungswerte Haltung des Heeres, das unter sehr schwierigen Umständen mit unbegrenzter Hingabe seine Pflicht hat, die sowohl für die Kommandierenden als für die Gehorgenden überaus peinlich war. Wir müssen jetzt, so viel an uns ist, jeden Grund zu neuen schmerlichen Empfindungen fernhalten und diejenige Vergebung der Geister erlangen, die die beste Wirtschaft der öffentlichen Ordnung ist. Wenn an einigen Orten Tumulte infolge antipatriotischer Propaganda und eines wahren Aufruhrgeistes ent-

zum Ausbruch bringen und demnach beim Tode jedes bedeutenden Mannes aufgeführt werden kann. Die drei ersten Sätze sind einer im Jahre 1787 auf den Tod der englischen Königin Karolina komponierten Trauermusik entnommen. Besonders der erste Satz: Die Wege Blons trauern stumm, ist ein Meisterstück polyphoner Sagkunst und malt die düstere, traurige Trauerstimmung wundervoll. Im dritten Satz sind die beiden Gegenseite, das weiche, friedvolle

Sein Volk kommt im Grabe zur Ruhe, und das zuversichtlich aufjubelnde: Doch sein Ruhm lebet ewiglich, in ehr händischer Manier großartig herausgearbeitet. Die Hoffnungströhre, zuversichtliche Stimmung beherrscht auch den als vierten Chorals angestürteten Schlusschor des ersten Teiles des Oratoriums Samson: Nun ist zum goldenen Sternenzelt etc., der in seiner schönen Melodie gleichsam den Höhepunkt des Ganzen bildet. Um dem Ganzen noch einen würdigen Instrumentalabschluss zu geben, hat der Bearbeiter an diesem Satz noch den Trauermarsch aus dem Oratorium Saul angefügt. Doch wirkt dieser Satz trotz seiner ernsten Ruhe an dieser Stelle etwas unbedeutend. Händels Instrumentalkunst stand nicht

auf der Höhe seiner Boskunst, so läuft dieser Orchesterabschluss gegen die mächtigen und ausdrucksvoollen Chöre etwas ab.

Auf die Trauermusik folgte Händels Oratorium Esther, das von Händel im Jahre 1720 ursprünglich für eine Privataufführung komponiert, später aber von ihm überarbeitet, erweitert und 1782 zum erstenmal in London öffentlich aufgeführt wurde. Fr. Chrystander, dem wir die Neuübersetzung der Werke Händels verdanken, hat in seiner neuen, modernen Händelaufführungen zu Grunde liegenden Bearbeitung beide Bearbeitungen Händels bewusst und mit seinem Takt zu einem einheitlichen Bilder verschmolzen.

Als Solisten wirkten bei der Aufführung mit: Frau Baumann (Ester), Fr. Emmy Nintelen aus Berlin (Israelit), Herr Max Giehwein aus Frankfurt (Mardokai, Habauerus), Herr Max Schelpner (Haman, Basz-Solo) und Herr Ulrich (Basz-Solo). Frau Baumann sang die schwere Alteliusarie so wie die Recitative mit glänzender Stimme und gutem Ausdruck. Ihre letzte Arie: Heuchler du u. s. w. wirkte etwas zu farblos. Fr. Nintelen besitzt eine edel klingende, tragfähige Altstimme, doch war ihr Gesang etwas zu ausdruckslos und in der Rhythmisierung etwas unsicher. Herrn Giehwein machten die hohen Töne Beschwörung, sie klingen gepreßt und forciert, dagegen klingt seine Mittellage ungemein schön und voll. So hat sein Organ eher den Charakter eines hohen Bassos als eines eigenlichen Tenors. Vortrefflich sang Herr Schelpner die erste Arie des Haman: Schlägt Haupt und Ohr u. s. w., die sich durch besonders kraftvolles Rhythmisieren auszeichnet; dagegen lag ihm das weinliche Arioso: Wend', Fürstin, nicht dein Antlitz weg, weniger gut. Das Herr Schelpner die Recitative vortrefflich sang, versteht sich von selbst. Aber auch die anderen Solisten verdienten für den klaren Vortrag der Recitative volles Lob. Herr Paul Honegger spielte die Orgelbegleitung und Herr Adolf Ruthard die Klavierbegleitung, die Chrysander dem Händelorchester wieder eingefügt hat.

Herr Dr. Georg Göhler dirigierte das Konzert. Es ist sehr kleinklangig, so große Chor- und Orchesterstimmen zusammenzuhalten und die Energie und rhythmische Sicherheit, mit welcher Herr Dr. Göhler den Taktflock führt, verdienen volle Anerkennung. Die Wirkung der Chöre war an einzelnen Stellen überwältigend. Besonders gut klang der große Schlusschor des zweiten Teiles: Gott, unser Herr, lenk' dieses Königs Herz. Dagegen hätte der große Schlusschor des dritten Teiles noch mächtiger und einheitlicher wirken können, wenn die einzelnen Stimmen — teilweise auch die Instrumentalstimmen — lebendiger und präziser eingesetzt hätten. Auch die Aufführung des Orchesters, rings um den Chor herum, erscheint mir nicht recht praktisch, der Klang der Instrumente wird dadurch zu sehr verzerrt.

H. M.

Kleine Chronik.

Leipzig, 17. November.

Theaternachrichten. Am Freitag geht im Neuen Theater die Oper Des Teufels Anteil in Scène, der das Ballett Electra folgt. — Im Alten Theater wird Die goldene Eva gegeben.

Für Sonnabend ist im Neuen Theater die Erstaufführung des neuen Schauspiels Das Erbe von Felix Philippus angesetzt. Die Besetzung der Roligkeit ist folgende: Baron Karl von Lamur: Herr Stephan; Heinrich Sartorius, Geh. Kommerzienrat: Herr Vorberdt; Henriette, seine Frau: Fr. Mandel; Hertha: Fr. Rudolf; Graf von der Matthesien: Herr Körner; Excellence von Küstner: Herr Thiele; Wetzendorf: Herr Krause; Rahnstorff: Herr Prost; Lipzig: Herr Ernst Müller; Goriner: Herr Hänseler; Hofmann, Sekretär bei Sartorius: Herr Ruth. Die Arie führt Herr Oberregisseur Ulrich. — Im Alten Theater wird am Sonnabend die Operette Boccaccio wiederholt.

Für den Sonntag ist das Repertoire wie folgt entworfen: Im Neuen Theater wird Der Freischütz gegeben. Im Alten Theater wird die Schauspielnötigkeit Das Erbe zum erstenmal wiederholt, und im Carolatheater geht das neu einstudierte Volksstück Ehrliche Arbeit in Scène.

Wochenkonzert des Niedelvereins in der Thomaskirche. Wie das Gewandhaus, die Philharmonischen Konzerte und andere musikalische Vereinigungen hat auch der Niedelverein sein erstes Konzert dieser Saison mit einer Trauermusik auf Bismarck eröffnet. Diese Trauermusik, die der bekannte Händelforscher Fr. Chrystander aus verschiedenen Tonfällen Händels zusammengestellt hat, erschließt ihren Zweck recht gut und zehnt sich dadurch vor anderen bei dieser Gelegenheit aufgeführten Tonstücken aus, dass sie nicht auf die Gestalt des Dahingeschlebten direkt Bezug nimmt, sondern in schlichter, großer Weise die Trauer der Hinterliebenden

zum Ausdruck bringt und demnach beim Tode jedes bedeutenden Mannes aufgeführt werden kann. Die drei ersten Sätze sind einer im Jahre 1787 auf den Tod der englischen Königin Karolina komponierten Trauermusik entnommen.

Besonders der erste Satz: Die Wege Blons trauern stumm, ist ein Meisterstück polyphoner Sagkunst und malt die düstere, traurige Trauerstimmung wundervoll. Im dritten Satz sind die beiden Gegenseite, das weiche, friedvolle

Sein Volk kommt im Grabe zur Ruhe, und das zuversichtlich aufjubelnde: Doch sein Ruhm lebet ewiglich, in ehr händischer Manier großartig herausgearbeitet. Die Hoffnungströhre, zuversichtliche Stimmung beherrscht auch den als vierten Chorals angestürteten Schlusschor des ersten Teiles des Oratoriums Samson: Nun ist zum goldenen Sternenzelt etc., der in seiner schönen Melodie gleichsam den Höhepunkt des Ganzen bildet. Um dem Ganzen noch einen würdigen Instrumentalabschluss zu geben, hat der Bearbeiter an diesem Satz noch den Trauermarsch aus dem Oratorium Saul angefügt. Doch wirkt dieser Satz trotz seiner ernsten Ruhe an dieser Stelle etwas unbedeutend. Händels Instrumentalkunst stand nicht

auf der Höhe seiner Boskunst, so läuft dieser Orchesterabschluss gegen die mächtigen und ausdrucksvoollen Chöre etwas ab.

Auf die Trauermusik folgte Händels Oratorium Esther, das von Händel im Jahre 1720 ursprünglich für eine Privataufführung komponiert, später aber von ihm überarbeitet, erweitert und 1782 zum erstenmal in London öffentlich aufgeführt wurde. Fr. Chrystander, dem wir die Neuübersetzung der Werke Händels verdanken, hat in seiner neuen, modernen Händelaufführungen zu Grunde liegenden Bearbeitung beide Bearbeitungen Händels bewusst und mit seinem Takt zu einem einheitlichen Bilder verschmolzen.

Als Solisten wirkten bei der Aufführung mit: Frau Baumann (Ester), Fr. Emmy Nintelen aus Berlin (Israelit), Herr Max Giehwein aus Frankfurt (Mardokai, Habauerus), Herr Max Schelpner (Haman, Basz-Solo) und Herr Ulrich (Baz-Solo). Frau Baumann sang die schwere Alteliusarie so wie die Recitative mit glänzender Stimme und gutem Ausdruck. Ihre letzte Arie: Heuchler du u. s. w. wirkte etwas zu farblos. Fr. Nintelen besitzt eine edel klingende, tragfähige Altstimme, doch war ihr Gesang etwas zu ausdruckslos und in der Rhythmisierung etwas unsicher. Herrn Giehwein machten die hohen Töne Beschwörung, sie klingen gepreßt und forciert, dagegen klingt seine Mittellage ungemein schön und voll. So hat sein Organ eher den Charakter eines hohen Bassos als eines eigenlichen Tenors. Vortrefflich sang Herr Schelpner die erste Arie des Haman: Schlägt Haupt und Ohr u. s. w., die sich durch besonders kraftvolles Rhythmisieren auszeichnet; dagegen lag ihm das weinliche Arioso: Wend', Fürstin, nicht dein Antlitz weg, weniger gut. Das Herr Schelpner die Recitative vortrefflich sang, versteht sich von selbst. Aber auch die anderen Solisten verdienten für den klaren Vortrag der Recitative volles Lob. Herr Paul Honegger spielte die Orgelbegleitung und Herr Adolf Ruthard die Klavierbegleitung, die Chrysander dem Händelorchester wieder eingefügt hat.

Herr Dr. Georg Göhler dirigierte das Konzert. Es ist sehr kleinklangig, so große Chor- und Orchesterstimmen zusammenzuhalten und die Energie und rhythmische Sicherheit, mit welcher Herr Dr. Göhler den Taktflock führt, verdienen volle Anerkennung. Die Wirkung der Chöre war an einzelnen Stellen überwältigend. Besonders gut klang der große Schlusschor des zweiten Teiles: Gott, unser Herr, lenk' dieses Königs Herz. Dagegen hätte der große Schlusschor des dritten Teiles noch mächtiger und einheitlicher wirken können, wenn die einzelnen Stimmen — teilweise auch die Instrumentalstimmen — lebendiger und präziser eingesetzt hätten. Auch die Aufführung des Orchesters, rings um den Chor herum, erscheint mir nicht recht praktisch, der Klang der Instrumente wird dadurch zu sehr verzerrt.

H. M.

bestehenden Geschwaders sei anbefohlen, das unverzüglich nach Spanien auslaufen werde, wenn die Pariser Konferenz scheiterte. Die Vereinigten Staaten beabsichtigen, an Spanien auf Rechnung der Philippinen einebare Geldzahlung zu leisten, und gedenken nicht, mit den Inhabern spanischer Schuldschreibungen in Beziehungen zu treten.

Im nordamerikanischen Kriegsdepartement zeigte sich in den letzten Tagen eine lebhafte Thätigkeit zur Vorbereitung von Truppen für den überseeischen Dienst; wenigstens haben zehn Regimenter regulärer Truppen, die zum größten Teil nach dem cubanischen Feldzuge in die nordwestlichen Staaten zurückgekehrt waren, den Befehl erhalten, sich zu dem Dienste unter den Tropen bereitzuhalten.

Türkei.

Sultan und Zar.

Der Sultan hat an den Kaiser von Russland ein Telegramm gerichtet, worin er ihm für den der türkischen Sondergesellschaft bereiteten glänzenden Empfang und für die ihm sowohl durch Turhan Pascha militärisch überbrachte, als auch in dem Handschreiben des Kaisers enthaltenen freundshaflichen Mitteilungen seinen Dank ausspricht.

Filialen der Leipziger Volkszeitung.

- Leipzig: Frau M. Beier, Albertstraße 12, p.
 " Herr Nöber, Markthallenstraße 12, p.
 " Herr R. Jäger, Goethestraße 4 (Restaurant).
 " Seeger, Markt 10, Hof p.
 L.-Flügel: Herr G. Schlemer, Breslauer Straße 25, p.
 " H. Misch, Elsterstraße 12.
 L.-Gutknecht: Restaurant Höher, Schönefelder Str. 12.
 L.-Gohlis, Restaurant Wölkelsdorf, Obere Georgstraße.
 L.-Meinshausen: Herr H. Bobbig (Bordiergefäß).
 L.-Lindenau: Herr H. Pöllandt, Güldenstraße 7.
 Frau Kl. Wehmann, Güldenstraße 40.
 L.-Neustadt: Herr P. Friebe, Eisenbahnstraße 25, p.
 " Frau A. Jacob, Eisenbahnstraße 27.
 " D. Köhe, Marktstraße 41, p.
 Paunsdorf: Herr M. Buchmann, Albrechtstraße 126.
 L.-Plagwitz: " R. Schulze, Cigarrengeschäft, Schmiedestraße 15
 (Ecke Hochscheider Straße.)
 L.-Neudnit: " M. Höhler, Kreuzstraße 37.
 " Restaurant Jahn, Kronprinzstraße 6, p.
 " Frau Treiber, Täubchenweg 43, p.
 " Herr F. Otto, Thaissstraße 43, p.
 " " J. Voigt, Wurzener Straße 5, p.
 Hugo Wildenhain, Bergstraße 14.
 L.-Neudnit o. Z.: Herr Sipp, Obere Ministerstraße 21.
 L.-Sellerhausen: Herr S. Ehle, Wurzener Straße 80, p.
 " R. Pöhl, Schützenhausstraße 14, p.

L.-Thonberg: Herr Rich. Braun, Reichenhainer Str. 86b, p.
 L.-Vollmarssdorf: " U. Heinze, Torgauer Str. 7 (Ecke Gaulstraße).
 Außerdem kann bei sämtlichen Aussträgern die Leipziger Volkszeitung abgeholt werden.

Bur gefälligen Beachtung!

Von einigen Filial-Inhabern und Aussträgern wird darüber gelegt, daß die Abonnementsbeiträge zuweilen erst gegen Ende des Monats eingehen. Wir machen die verehrlichen Besitzer darauf aufmerksam, daß der Abonnementsbetrag im vorans zu bezahlen ist, und daß unsere Aussträger und Filialen-Inhaber gehalten sind, Miute des Monats abzurechnen.

Die Expedition.

Auskunftsbüro für gewerbliche Streitigkeiten, Unfall- und Krankenversicherungswesen.

"Stadt Hannover", Seeburgstr.
 Jeden Abend von 7½—9 Uhr unentgeltliche Auskunft für alle Kürdler und Arbeitnehmer.

Genossen! Beruft Euch bei Eueren Einkäufen auf die Leipziger Volkszeitung!

Buckskin- u. Kleiderstoff-Reste aussergewöhnlich billig. J. Kirstein

modern und fehlerfrei, grosse Auswahl, zu ganzen Anzügen und Kleidern passend.

Hainstraße 19, 1. Etage.

Gänzlicher Ausverkauf wegen Aufgabe des Geschäfts!

Tuch, Buckskin, Cheviot, Kleiderstoffe, Lama, Flanell, weiss und buntes Bettzeug, Inletts, Barchent, Schlafdecken, Gardinen, Handtücher, Wischtücher, Schürzen, Hemden, Unterhosen, Unterjacken etc. zu und unter dem Einkaufspreis.

Vorteilhaft für Wiederverkäufer!

Reudnitz, Leipziger Straße 2 Johannis-Apotheke.

Max Bielitz,

Reudnitz, Leipziger Straße 2 Johannis-Apotheke.

Laden mit Wohnung zu vermieten, auf Wunsch auch Ladeneinrichtung.

Neugebauer, adad. gebild., staatl. nicht geprüft. Prakt. d. Homöopathie u. Naturheilmethode, früher an Dr. Willm. Schwabes Poliklinik, jetzt n. langj. Exz.-grdl. Geschlechtskrankh. d. M. n. Dr. Blaum-, Zieren-, Magen-, Darm-, harn- u. Nervensel., Abhennat., Fleischhaut u. Reichstr. 33/35. Jetzt Sprechstunde 9—2, 5—8 Uhr, Sonntags 10—1 Uhr, ausserdem bis 10 Uhr.

Beingeschwüre, Salzhuss etc. Sich. Haltung ohne Verlustförderung. L. Schmidt, Leipzig, Petersstr. 44, II. frisch. an Dr. Lehrlings Polikl., Berlin, Sprechst. 9—12, 2—4, Sonnt. 10—11.

Giftweizen gegen Mäuse sehr wirksam, empfiehlt die Viktoria-Apotheke Stötteritz, Hauptstraße 21.

Patent-Bureau Lipsia 3 Grimmaische Str. 8 besorgt Patente, Gebr. Muster, Markenschutz unter günstigen Zahlungsbedingungen.

Jurist. Bureau Leipzig, Saliensche Straße 16, I. Rechtsrat in Civil- u. Strafsachen, Gutachten, Verträge, Schriftsätze all. Art. durch bewährten, praktischen Juristen.

Verlag volkstüm. Wandschmuds Paul Weber, Lindenau Sophiestr. 11, III. r. Parteiblatt jeder Art, geschwackt gestaltete sozialdemokratische Wandspiele. Große Auswahl — Billige Preise. Einrahmungen aller Art.

Auf Wunsch erfolgt Abholung. — Ver eins-, Fabrik- und Gruppenbilder größte Vergünstigung.

Billig! Billig!
25 Schränke sind einzeln mit 5 % Anzahlung und wöchentlich 1 % Abzahlung abzugeben. [2119]
 S. Osswald, Königsplatz 7, I. gegenüber der Markthalle.

Zum Totenfest!!! empf. mein. werten Kunden frische sowie trockene Binden in geschmackvoller Ausführung. M. Hensel, L.-Neudnit, Liebeschitzstr. 24, im Bindengehäuse.

Gummifabrik. Sämtlichen Betrieb zu verkaufen: Benzinkomotor, 6 Pferdestärke, 8 Maschinen. Röhrenrohr Böhlig-Grenberg, Schulstr. 23.

Den Parteigenossen, Freunden und Bekannten bringe ich mein
Schuhwarenlager in anerkannt guter Ware in empfehlende Erinnerung. Reparaturen werden gut und sauber ausgeführt. [2685] Filzschuhe in großer Auswahl. A. Günther, Lindenau Aurelienstraße 22, Ecke Hermannstraße.

Rein im Geschmack ist der
Röst-Kaffee aus der

Kaffeerösterei v. Richard Poehls in Leipzig.

Dieselben hält in Originalpackungen von

1/2 und 1/4 Bund-Inhalt zu

100, 120, 140, 160, 180

200 Pfsg. das Pfsd.

stets frisch zum Verkauf

Franz Schöbel
Kaufhalle Döllitz.

Total-Ausverkauf!

Da ich möglichst bis Weihnachten mit meinem enormen Warenlager räumen möchte, so habe ich die Preise nochmals ermäßigt und gebe sämtliche Wirtschaftsgegenstände, Spielwaren, Puppen, Bälge, Röpse usw. zum Selbstostenpreis ab. Selbst Möbelnäfern ist die Ansicht meiner Spielwaren-Ausstellung gestattet.

Bei Einkäufen von 5 Mt. gewährt

noch der billigen Preise noch

5 Prozent Rabatt.

M. Burghardt

Lindenau, Ecke Gohlis.

Cigarren, Cigaretten und Tabak empfiehlt [2196]

E. Kriebler, L.-Plagwitz

Weinstraße 61, Ecke Mühlstraße.

NB. Abonnements auf die Volkszeitung werden jederzeit entgegen genommen.

Monatsgarderobe.

Empfehlung in reicher Auswahl allerfeinsten Herbst-, Winter-Pakots, komplett. Anzüge alter Farben u. Weiten. Elegante Fracks u. Gesellschaftsanzüge auch seihweise. [2695] J. Kindermann, Salzgässchen 9, I.

Käufe und Verkäufe.

Bettstellen mit Matratzen von 24 Mt. an. Alle anderen Möbel billig.

Pendel, Lindenau, Hermannstr. 18.

Güterh. Soja, Bettl. m. Matr., Kleidersekretär, Bettl. Tische, Kommoden, Ottomane, Auszugschiff u. a. m. ganz billig zu verl. Sophienstr. 52, p. Haupt.

Neue Ottom. bill. Lindenau, Weststr. 21, II.

Wl.-Sul.-Ottom., Soglschr.m. Sp. pol. Sieg. spottb. Lindenau, Josephstr. 29, III. r.

Großes guterhaltes Billard, billig zu verkaufen Königsplatz-Mühlgasse Restaurant Nonnenmühle.

S. Röhm. staunens. billig. Gelegenheit.

1. guiterh. Kinderwagen ist zu verl. Lindenau, Peterstraße 9, III. r.

1. guiterh. Kinderwagen billig zu verl. Connewitz, Langerstraße 35, II. r.

Güterh. Kinderwagen f. 8 Mt. zu verl. Neuschönfeld, Friedrichstraße 16, I.

Ein guiterh. Kinderwagen bill. zu verl. Kleinziethofer, Klingensteinstraße 15, II. r.

1 gr. Kindbettwannen, 1 Kinderschlafst. bill. zu verl. Volkmarstr., Kirchstr. 48, 3. Et. P.

1 pracht. Spielbude mit Platt. billig zu verl. Gohlis, Dorotheenstr. 16, p. r.

1 guiterh. Winterüberzieher bill. z. verl. Connewitz, Brandstraße 19, III. I.

Ein Winterüberzieher bill. zu verl. II. Figur, Lindenau, Hermannstraße 3, I. I.

Ein fast neuer Vogelbauer billig zu verkaufen Wiesenstraße 31, 2. Et. r.

Arm. Mädel. sucht gebr. Kinderbettst. bill. zu l. Abt. Johannisk. 10, Ost. erb.

1 fl. gebr. Handwagen zu kaufen gel. Connewitz, Schillerstraße 11, 1. Et.

1 guiterh. Hobelsbank zu kaufen, gefüllt Volkmarstr., Marienstraße 98, III. I.

Altes Sofa u. Kleiderschrank zu kaufen gefüllt Sophienstraße 52, p. Haupt.

Kaufe Sonnabend, Sonntag u. Montag Kanarienhähne, Weibchen, zahlreiche höchsten Preise, im Lehrerhaus bei B. Friedrich, Kramerstraße 4.

G. Eiseler, Kanarien-Exporteur.

Tüchtige Eiseler

finden lohnende und dauernde Beschäftigung bei

Grünbaum & Kleemann

Möbelfabrik, Eisenach.

Tüchtige Stuhlpolierer und Stuhlbauer

finden in unserer neu eingerichteten Stuhlfabrik bei den höchsten Accordlöchern auf

echte und bestre imitierte Stühle sofort dauernde Beschäftigung.

Rob. Oelschlägel & Co.

Pr. Holland, D.-Pr.

Maurer werden angestellt

Neubau Dresdener Straße 88 u. 84.

Wehrer Maurer werden gefüllt bei

54 Pf. Stundenlohn.

Wurzener Straße 46, Hof.

Maurer werden gesucht

Alte Eister, Friedrich & Jahn.

Alt. alleinstehende Frau zu 2 Pfnd. gel.

Kleinziethofer, Schönauer Weg 18, III. r.

Maierwer nebst Frau.

Dau. Bei dem Hinscheiden meines lieben und unverhofft aus dem Leben gerissenen neuen Mannes, unseres Bruders, Bruders und Schwagers, des Schmidts.

Joseph Schätz

sind uns so viele Beweise ausdrücklicher Zei-

nahme entgegengebracht worden, daß wir

mit gebrochenen Söhnen, allen unseren lieb-

empfundenen Dank auszusprechen.

Lina verw. Schätz.